

# **VEREIN AKTIVES MUSEUM**

Faschismus und Widerstand in Berlin

**Mitgliederrundbrief Nr. 46**

November 2001



Foto: Martin Schönfeld

Bellevuestraße 5

**VOLKSGERICHTSHOF 1935 - 1945**

Einweihung der Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des  
Volksgerechtshofs

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Chausseestraße 8, 10115 Berlin  
Telefon und FAX 030/2815198

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: [info@aktives-museum.de](mailto:info@aktives-museum.de)  
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

## INHALTSVERZEICHNIS

Wolfgang Wieland: Rede am 20. Oktober 2001 anlässlich der Einweihung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort des Volksgerichtshofes	S. 5
Martin Schönfeld: Von der feinen Adresse zur "Zwingburg" – Die Bellevuestraße 15	S. 7
„Der Löffel meines Vaters“ Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel. Ein Kunstprojekt von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann	S. 15
Paul U. Unschuld: Funde im Staub der Geschichte Shanghais - Die Reisepässe der Ruth M. und der Maria F.	S. 22
Der Senat von Berlin: Mitteilung über Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“	S. 26
Jola Merten: Ein Hafenarbeiter als KPD-Held, Berliner Morgenpost 3.7.2001	S. 42
Robert Bauer: „Stille Hilfe“ – öffentliche Reaktionen (Rezension)	S. 43
Christine Fischer-Defoy: Geschichten zur Exil-Geschichte: Inge Deutschkrans Buch "Emigranto"	S. 45
Ingolf Kern: Abschied vom Ort der Täter – Gabriele Camphausen verlässt die „Topographie des Terrors“, FAZ 25.07.2001	S. 46
Zur Erinnerung an Helmut Roloff 1912-2001	S. 48
Vermögensschäden in Frankreich durch die deutsche Besatzung?	S. 50

Redaktion: Martin Schönfeld

## Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

allen jüdischen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden wünschen wir von Herzen ein gutes Jahr 5762.

Unser Titelbild zeigt: Wieder einmal ist es gelungen, einen historisch bedeutsamen Ort im Berliner Stadtzentrum zu kennzeichnen. Am 20. Oktober 2001 weihte der Berliner Bürgermeister Wolfgang Wieland die Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort des Volksgerichtshofs und seine Opfer ein. Seine Ansprache zur Übergabe der Gedenktafel dokumentieren wir in unserem Rundbrief.

Allerdings findet sich die Gedenktafel nicht an der Wand. Dem Eigentümer des heutigen Gebäudes am historischen Standort fehlte der Mut zur Verantwortung gegenüber der Geschichte. Die Veränderung der heutigen Grundstücksgrenzen wurde zum Anlass genommen, dem öffentlichen Begehren aus zuweichen. Für die Opfer und deren Angehörigen prägte sich aber das institutionalisierte Unrecht unter der Adresse Bellevuestraße 15 ein, und die befand sich dort, wo seit dem 20.10.2001 die Gedenktafel im Bürgersteig liegt: in der heutigen Bellevuestraße Nummer 5. Es ergibt sich der Eindruck, dass die hübschen neuen Konsumwelten am Potsdamer Platz nicht durch eine Erinnerung an die deutschen Verbrechen getrübt werden sollen.

So liegt die Gedenktafel nun am Straßenrand zwischen Fahrradständern und Laterne, wo sie hoffentlich dennoch Beachtung finden wird. Dass dieser historische Ort einer Markierung bedarf, war dem Verein Aktives Museum bereits seit langem eine Herzensangelegenheit. Im Februar 1999 wies Christine Fischer-Defoy in ihrem Schreiben an den Bundespräsidenten Roman Herzog auf diese Lücke in der Berliner Gedenklandschaft hin (vgl. Rundbrief 41/Juni 1999, S. 6/7). Stetes Drängen und Nachhaken hat zum Erfolg geführt.

Auch für einen weiteren historisch bedeutsamen, in Berlin und in der Bundesrepublik einzigartigen Ort ergaben sich in den zurückliegenden Monaten Fortschritte. Das einzige noch zum großen Teil in originaler Bausubstanz erhaltene Zwangsarbeiterlager in Berlin, Niederschöneweide, könnte schon sehr bald als Informations- und Dokumentationsstelle zur "Zwangsarbeit in Berlin" eine neue angemessene Nutzung finden. Der Senat von Berlin hat in der Drucksache Nr. 14/959 am 3. Juli 2001 seinen Schlussbericht zur Frage der Einrichtung eines solchen Dokumentationszentrums vorgelegt. Darin werden die Realisierungsmöglichkeiten für eine Dokumentationsstelle sehr konkret entwickelt. Seit Anfang der 1990er Jahre hat die Berliner Geschichtswerkstatt e.V. diesen Ort erforscht und darüber hinaus grundlegende Recherchen zum Thema Zwangsarbeit unternommen. Ihrer Initiative ist es zu verdanken, dass dieses wichtige historische Baudenkmal eine Überlebenschance erhält. Den Schlussbericht des Senats dokumentieren wir in diesem Rundbrief, damit gleichzeitig an die Besichtigung des Geländes erinnernd, die wir mit den Kollegen von der Berliner Geschichtswerkstatt am 27. Juni 2001 unternommen haben. Mittlerweile erinnert auch hier, am Gelände-Eingang Britzer Straße, eine Gedenktafel an die historische Bedeutung des Ortes.

Eine Ortssichtung unternahm auch das niederländisch-deutsche Künstlerpaar René Klarenbeek und Sabrina Lindemann. Genau dort, wo Renés Vater Jaap Klarenbeek Zwangsarbeit leisten musste, bei den früheren Borsigwerken in Berlin-Tegel, hatten sie sich im September eingerichtet und mit künstlerischen Aktionen auf die Spurensuche nach der Vergangenheit begeben. Sie sprachen Passanten an, sie arbeiteten mit Schülern und mit einem mobilen Billboard trugen sie ihre Fragen in den öffentlichen Raum hinein. Höhepunkt der Aktionen war ein Besuch früherer niederländischer Zwangsarbeiter in Tegel. Die Geschäftsstelle des Vereins Aktives Museum hat dieses Projekt von Sabrina Lindemann und René Klarenbeek mit ihren Möglichkeiten unterstützt. Einige Pressereaktionen und Bilder von den Aktionen dokumentieren wir in unserem Rundbrief. Mehr zum Projekt finden Sie nicht nur im Rundbrief, sondern auch unter: [www.der-loeffel-melnes-vaters.de](http://www.der-loeffel-melnes-vaters.de)

Trödelmärkte sind immer gut für Überraschungen, und das nicht nur in Berlin. Bei einem Aufenthalt in Shanghai fand Paul U. Unschuld (München) zwei reichsdeutsche Pässe auf einem Markt.

Er konnte diese beiden Pässe erwerben. In einem spannenden Artikel geht er den Spuren zweier Shanghai-Flüchtlinge nach. Paul U. Unschuld stellt uns freundlicherweise diesen Beitrag für unseren Mitgliederrundbrief zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass das Buch *Exil in Shanghai 1938-1947* weiterhin in der Geschäftsstelle des Vereins für DM 74,- (im Buchhandel für DM 88,-) erhältlich ist. Vereinsmitglieder können es hier für nur DM 52,50 erwerben.

Die Ausstellung *Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945* ist nun schon in ihrem zweiten Jahr auf Wanderschaft. Nach einer kurzen Sommerpause in Berlin, wurde die Ausstellung seit Anfang September bereits in Braunschweig, im Jüdischen Museum Rendsburg und nun seit dem 6. November 2001 im NS-Dokumentationszentrum in Köln gezeigt (bis Ende Januar 2002). Als weitere Ausstellungsstationen schließen sich bis zum September 2002 Münster, Hannover und Regensburg an.

Während die Ausstellung durch die Lande zieht, haben wir in der Geschäftsstelle unsere Exilsammlung erschlossen. Dieses umfangreiche biographische Material über Berlinerinnen und Berliner, die von Berlin aus in die Emigration gingen, sowie über die Emigrationsländer können wir nun allen Interessierten zur Nutzung bereit stellen.

Die Baustelle des Dokumentationszentrums der Stiftung *Topographie des Terrors* bewegt sich mittlerweile schnellen Schrittes auf ein zweijähriges Baustopp-Jubiläum zu. Das ist wahrlich kein Grund zum Feiern! Und selbst ein Baustillstand ist nicht umsonst. Die Kosten des Baustopps werden derzeit auf ungefähr 1,5 Millionen Mark geschätzt. Immerhin wurde der spezielle Baukran vom Land Berlin angekauft, so dass die tägliche Mietgebühr von 5.000 Mark entfällt. Und auch ein leichter Hoffnungsschimmer wird am Horizont sichtbar: Das Land Berlin hat seinen restlichen Finanzierungsanteil von 11 Millionen Mark im laufenden Haushalt festgeschrieben. Und Vertreter des Bundes signalisieren, dass auch der Finanzierungsanteil des Bundes freigegeben werden könnte. So bleibt schließlich als letzter Unsicherheitsfaktor der Bau selbst und seine komplizierte Technik. Ein neues, preiswerteres Konstruktionsverfahren, das die gesamte Kostenkalkulation auf 72 Millionen Mark drückt, steckt noch in seiner technischen Prüfungsphase hinsichtlich einer Dauerbelastung. Wenn dies nicht zu lange dauert, könnte es vielleicht nach zwei Jahren Baustopp weitergehen. Eine Eröffnung des Dokumentationszentrums wird mittlerweile für das Jahr 2005 geplant, genau zehn Jahre nach dem ursprünglich vorgesehenen Eröffnungstermin.

Für ihre vierjährige engagierte Tätigkeit als Geschäftsführerin der Stiftung *Topographie des Terrors* dankt der Verein Aktives Museum Dr. Gabriele Camphausen mit der Ehrenmitgliedschaft. Unseren Dank drücken wir in diesem Rundbrief mit dem Abdruck eines Artikels über Gabriele Camphausen aus.

Abschließend möchten wir unsere Mitglieder darauf hin weisen, dass auch das Aktive Museum zur **Euro-Zone** gehört. Die Mitgliederversammlung am 7. November 2001 hat deshalb für die Währungsumstellung folgende neue Mitgliedsbeiträge beschlossen:

Einzelmitglieder € 55,-  
 Einzelmitglieder ermäßigt € 27,50  
 Vereine und Organisationen € 165,-  
 Vereine und Organisationen ermäßigt € 82,50

Diese neuen Mitgliedsbeiträge bitten wir bei den Überweisungen zu beachten. **Die Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2002 erbitten wir erst ab dem 1. Januar 2002.**

Darüber hinaus nimmt der Verein Aktives Museum gerne auch Spenden an. Wie üblich sind alle Mitgliedsbeiträge und Spenden voll steuerlich absetzbar.



**Rede  
des Bürgermeisters von Berlin, Wolfgang Wieland, in Vertretung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, anlässlich der Einweihung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort des Volksgerichtshofes am 20. Oktober 2001**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich danke allen Anwesenden für ihr Erscheinen. Ganz besonders herzlich möchte ich all jene begrüßen, die durch die verabscheuungswürdigen Urteile des Volksgerichtshofes ihre Angehörigen verloren haben, ihre Väter, Mütter und Geschwister.

Danken möchte ich auch dem Staatssekretär des Bundesministeriums der Justiz, Herrn Prof. Pick als Vertreter der Bundesregierung, der heute zu uns gekommen ist und zu uns sprechen wird.

Wir sind hier versammelt im Zeichen der Erinnerung an das Unrecht, das an dieser Stelle begangen wurde. Hier befand sich der Zugang zum Volksgerichtshof, der in den Jahren 1935 bis 1945 mehr als 5.000 Gegner des nationalsozialistischen Regimes zum Tode und eine noch weitaus höhere Zahl zu Zuchthausstrafen verurteilte.

Gegründet wurde der Volksgerichtshof durch ein Reichsgesetz vom 24. April 1934. Seine Aufgabe sollte in der Aburteilung von Hoch- und Landesverrätern liegen. Um sich unliebsamer Kritiker und Gegner schnell entledigen zu können, wurden besondere Verfahrens- und Organisations-Vorschriften eingeführt. Die Richter wurden von Adolf Hitler persönlich ernannt und sie haben sich nach Kräften darum bemüht, ihrem Auftrag gerecht zu werden. So hat dann auch der Bekannteste unter ihnen, Roland Freisler in seinem Antrittsschreiben an Adolf Hitler versprochen, dass der Volksgerichtshof sich stets bemühen werde, so zu urteilen, wie er glaubt, dass der Führer selbst den Fall beurteilen würde. Er unterschrieb folgerichtig sein Antrittsschreiben mit den Worten: "In Treue Ihr politischer Soldat".

Spätestens mit der Einrichtung des Volksgerichtshofes war die unabhängige Justiz dahin und die "furchtbaren Juristen" begingen ihre Verbrechen. Völlig zu Recht bezeichnete der Deutsche Bundestag den Volksgerichtshof als ein "Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft". Die heute anwesenden Angehörigen der Opfer haben dies besonders schmerzvoll erfahren müssen. An den Volksgerichtshof zu erinnern, bedeutet aber auch, über die vielen Juristen der anderen Gerichte nachzudenken, die sich nach 1933 in den Dienst der neuen Machthaber stellten.

Heute vor 57 Jahren, am 20. Oktober 1944 wurden in einem Schauprozess Adolf Reichwein, Julius Leber und Hermann Maass vom Volksgerichtshof zum Tode und Gustav Dahrendorf zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie waren führende Mitglieder des sozialdemokratischen Widerstands gegen Hitler. Sie wirkten im Goerdeler-Kreis und im Kreisauer Kreis um Moltke mit. Die Wohnung von Hermann Maass in Potsdam diente den Widerständlern als Treffpunkt. Julius Leber war mit Oberst Graf Stauffenberg persönlich befreundet und für die Zeit nach dem Attentat am 20. Juli als Innenminister vorgesehen. Adolf Reichwein sollte nach Goerdelers Wunsch Kultusminister werden.

Erst am Vorabend des Prozesses erhielten die Angeklagten die Anklageschrift. Sie hatten weder eine Chance auf ein rechtsförmiges Verfahren, noch auf Gerechtigkeit. Die Todesurteile wurden kurz darauf in Plötzensee vollstreckt.

In den Jahren nach 1945 hatten die Angehörigen der Opfer wenig Anlass zur Genugtuung. Die Handlanger des NS-Unrechtssystems konnten ihren Beruf nahezu unbeschadet weiter ausüben. Die Rechtswissenschaft der Jahre 1933 bis 1945 und die höchstrichterliche Rechtssprechung – wie hier im Volksgerichtshof – wurden in der Bundesrepublik lange Zeit nicht hinterfragt. Was eben noch der Durchsetzung des nationalsozialistischen Unrechts diente, wurde als angeblich unfehlbares und politisch neutrales juristisches Methoden-Instrumentarium verkürt, die Täter in Roben zu vorgeblich unparteiischen Rechtsanwendern. Wie Sie wissen, bedurfte es erst der Anstrengungen meiner Generation, um eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu erreichen.

Auch in der DDR-Justiz waren, allerdings in geringerer Zahl, NS-Richter und Staatsanwälte tätig, soweit sie sich dem SED-Regime anzupassen wussten. Politische Strafjustiz wurde auch dort geübt, um durch abschreckende Maßnahmen jede Opposition im Keim zu ersticken und Stärke zu demonstrieren.

Gegenüber allen politischen Richtungen ist unsere Wachsamkeit gefragt für Versuche, die demokratischen Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ausser Kraft zu setzen. Die Juristen unter uns seien daran erinnert, welche Macht uns anvertraut ist und wie leicht sie missbraucht werden kann.

Zukünftig soll an diesem Ort mit einer Gedenktafel an eine dunkle Phase der deutschen Rechtsgeschichte erinnert werden; sie soll uns dazu ermahnen, solcherart wachsam zu sein gegenüber allen Versuchen, die Justiz für politische Zwecke zu instrumentalisieren.

Verehrte Anwesende,

Berlin versteht sich als eine Stadt, in der die Spuren der Geschichte nicht verwischt werden, als ein Ort, an dem auch im neuen Jahrhundert die Stätten des Schreckens nicht überdeckt werden sollen. So wird in Sichtweite von hier das Holocaust-Mahnmal entstehen. Es ist allerdings beschämend, dass Jahrzehnte vergehen mussten, bis Berlin sich seiner Verantwortung stellt. Mit der heutigen Einweihung ist ein wichtiger Schritt getan, um insbesondere an die Mitverantwortung der Juristen zu erinnern.

An begangenes Unrecht zu erinnern, sind wir den Opfern und den Angehörigen schuldig, aber auch den kommenden Generationen, die ein Anrecht darauf haben, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Ich will mich besonders bei der Vorsitzenden und den Mitgliedern des Vereins "Aktives Museum" bedanken, die nicht müde geworden sind, diese Gedenktafel zu fordern. Mit ihrem ausdauernden Engagement für historische Zeichen im Stadtbild mahnen sie uns an vielen Orten zur Wachsamkeit. Wie gut, dass dies nun auch hier geschieht.



Statt an der Wand im Boden zwischen Laterne und Fahrradständern: Die Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort des Volksgerichtshofs, 20.10.2001

Foto: Martin Schönfeld

## Von der feinen Adresse zur "Zwingburg" – Die Bellevuestraße 15

Die Bellevuestraße verdankt sich fürstlichem Gestaltungswillen. Mit der allmählichen Umwandlung des Tiergartens zu einem landschaftlichen Park in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde auch eine Sichtachse vom Schloss Bellevue zum Leipziger Platz durch den Park geschlagen. Prinz August Ferdinand von Preußen hatte sich 1785 am Ufer der Spree die alte Knobelsdorff'sche Meierei (1743) nach dem Vorbild des Schlosses Wörlitz zu einer klassizistischen ländlichen Sommerresidenz umbauen lassen. Wer also am Ende des 18. Jahrhunderts am damals noch "Oktogon" genannten Leipziger Platz die Stadt Berlin verließ und durch das Tor in der Akzisemauer hinaus in die Natur trat, dem eröffnete sich plötzlich ein romantischer Blick auf das in weiter Ferne gelegene hell aufstrahlende Schösschen, eine *schöne Sicht*.

Doch nicht nur Könige und Fürsten suchten damals Erholung in der Natur außerhalb der Stadt Berlin. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts folgten ihnen auch die etwas wohlhabenderen Berlinern und Berlinerinnen. Denn auch sie strebten nun eher ländliche Residenzen an, wofür sie innerhalb der Stadtgrenzen keinen Siedlungsraum mehr fanden. Besonders vor den südwestlichen Stadttoren entstand bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein Viertel komfortabler Landsitze und repräsentativer Villen. Wer aber eine ruhige Idylle suchte, musste schon bald etwas weiter nach Westen ziehen. Denn unmittelbar vor dem Leipziger Platz entstand 1838 der Potsdamer Bahnhof und von nun an stampften die Dampflokotiven in einem immer rascheren Rhythmus heran. Drei Jahre später folgte der Anhalter Bahnhof, nur wenige hundert Meter vom Leipziger Platz entfernt. An den Bahnhöfen siedelten sich sehr bald Geschäftshäuser und mondäne Hotels an, so dass das allmählich entstehende Viertel um den sich nun sternförmig auffächernden Potsdamer Platz seinen ländlichen Charakter verlor. Straßen und Plätze wurden systematisch geplant und spätestens seit den 1860er Jahren wurden die Straßen von einer geschlossenen Blockrandbebauung gesäumt.

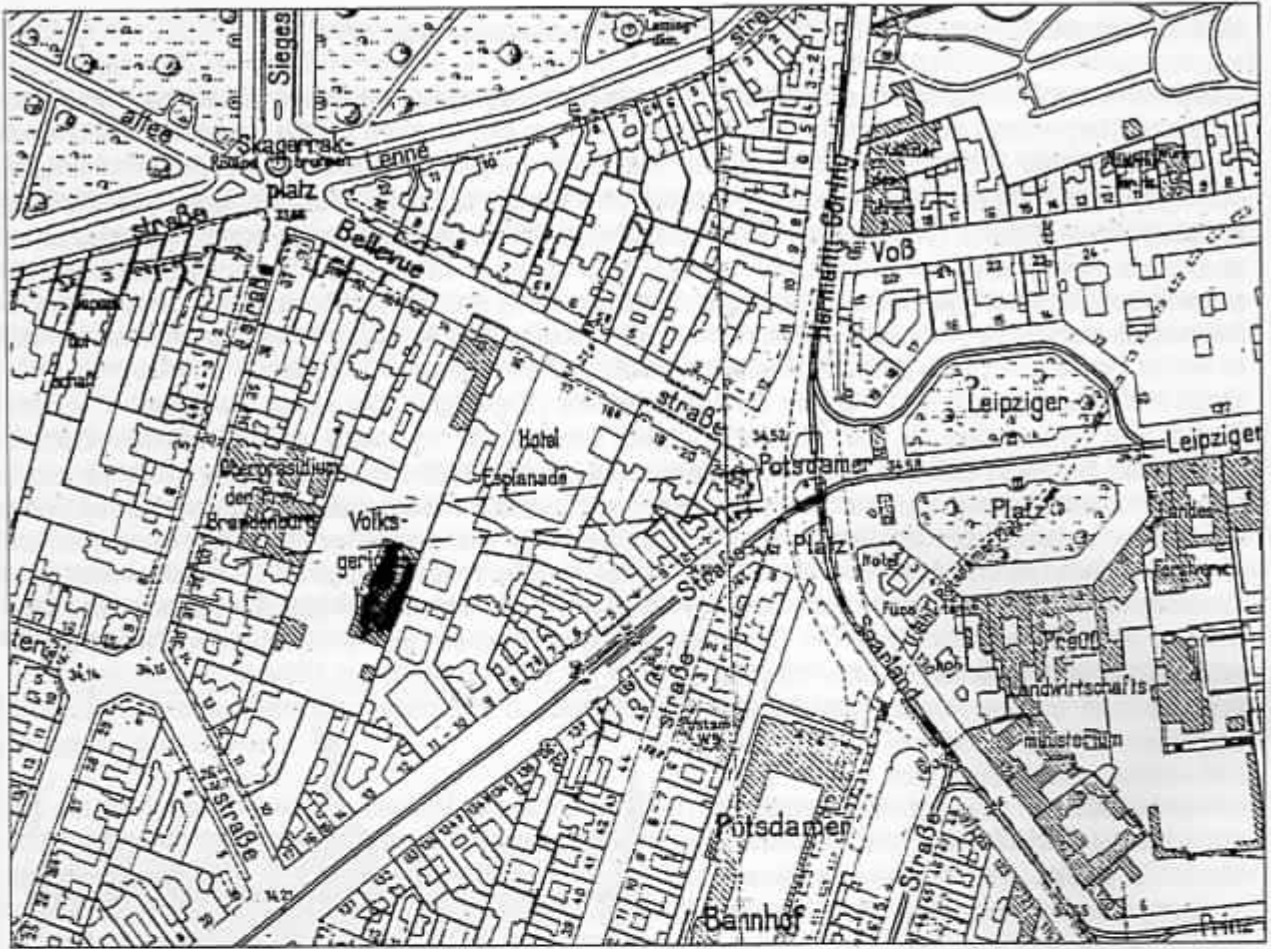
Den Wohn- und Geschäftshäusern folgten öffentliche Einrichtungen. 1856 erwarb der preußische Staat das Grundstück Bellevuestraße 15, und errichtete in den hier vorhandenen Wohnbauten ein Progymnasium (ein Gymnasium ohne Oberstufe) ein. Mit der schnell ansteigenden Schülerzahl wurden bauliche Veränderungen unausweichlich. Und dafür bot das Grundstück Bellevuestraße 15 gute

Voraussetzungen. Der schmale Grundstücksschlauch an der Bellevuestraße führte zu einem großen Hofgelände im Herzen des von der Potsdamer Straße, der Viktoriastraße, der Margaretenstraße und der Bellevuestraße umschlossenen Karrees. Das Grundstück Bellevuestraße 15 erstreckte sich somit über mindestens 100 Meter Länge in leicht südwestlicher Richtung. Nach den Plänen des Baurats Adolf Lohse wurde 1863-1865 ein Schulneubau auf dem großflächigen Hofgelände errichtet. Der bei der Grundsteinlegung anwesende preußische König gab der Schule ihren Namen "Königliches Wilhelms-Gymnasium". Bei dem Neubau handelte es sich um einen unterkellerten, zwei Stockwerke umfassenden über einen rechteckigen Grundriss geschaffenen Backsteinbau. Der freie Standort des Gebäudes auf dem langgestreckten Grundstück richtete sich nicht zur Bellevuestraße aus, sondern zur Viktoriastraße (Verlauf etwa wie die heu-



Königliches Wilhelms-Gymnasium  
Mittelschnitt der Hauptfassade



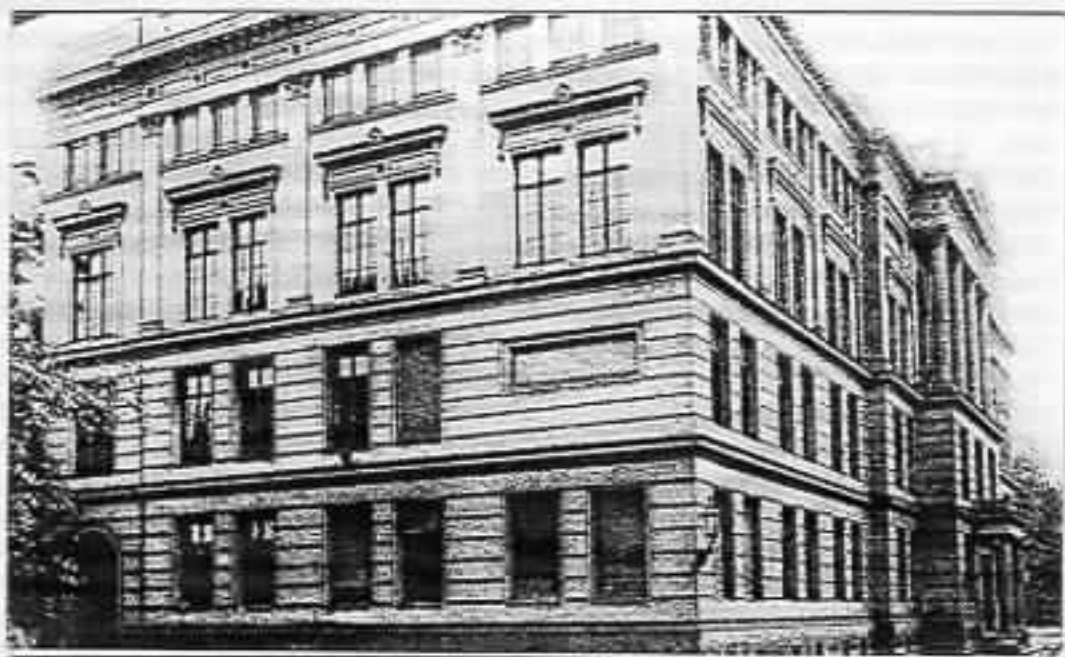


Die Bellevuestraße 15 im Plan von Berlin 1936

tige Entlastungsstraße). Der repräsentativste Raum der Schule war ihre Aula, die sich in der zentralen Mittelachse des Gebäudes im zweiten Stock befand und 300 Personen Platz bot. (1) Bei dem Königlichen Wilhelms-Gymnasium handelte es sich um eine der für Berlin typischen Hofschulen, deren eigentliches Schulgebäude sich erst durch ein der Straße zugewandtes Vorderhaus erschließt. Ein solches Vorderhaus fügte sich an der Bellevuestraße in die Blockrandbebauung ein und wurde zunächst auch noch schulisch genutzt. Zusätzlich wurden 1870/71 auf dem weiten Hofgelände ein Wohnhaus für den Direktor und eine Sporthalle errichtet. Weil die Lehrer und Schüler die schlechten Lüftungsmöglichkeiten der Klassenräume beklagten, erhielt die Schule in den 1880er Jahren ein gesondertes Lüftungssystem, "Flügel-Windrädanlage" genannt.

Entsprechend der innerstädtischen Lage des Grundstücks und seiner wachsenden ökonomischen Bedeutung wurde 1912 das Vorderhaus an der Bellevuestraße in ein Geschäftshaus mit Ladenräumen umgewandelt. Zu den ersten Mietern zählte der Kunsthändler Karl Haberstock (1878-1956) mit seiner Galerie. Der gelehrte Bankkaufmann ließ sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Kunsthändler in Berlin nieder. Er handelte vorrangig mit der akademischen Malerei des 19. Jahrhunderts und den Werken deutscher Spätimpressionisten (z.B. Wilhelm Trübner und Karl Schuch). Der künstlerischen Avantgarde des Expressionismus und der Neuen Sachlichkeit fühlte sich Haberstock nicht verbunden. So zählten konservative und antisemitische Kreise bereits in den 1920er Jahren zum treuen Kundenstamm der Galerie. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 konnte sich Karl Haberstock eines noch belebteren Geschäfts erfreuen. Durch seine Beziehungen konnte er Verbindungen zu den neuen Herrschern des Landes aufbauen. So wurde Karl Haberstock zu einem der führenden Kunsthändler im nationalsozialistischen Deutschen Reich. Nicht nur die privaten Kunstsammlungen von Hitler,





Das Schulgebäude des Königlichen Wilhelms-Gymnasiums, erbaut 1863-1865, seit Mai 1935 Dienstsitz des Volksgerichtshofs

Göring und Goebbels wurden wesentlich von Karl Haberstock zusammengestellt. Auch die "Verwertung" der in der Aktion Entartete Kunst 1937 beschlagnahmten Werke der künstlerischen Moderne über die Galerie Fischer in Luzern wurde von Haberstock eingefädelt, stand er doch mit der Luzerner Galerie bereits seit den 1920er Jahren in enger Verbindung. Fortan war Karl Haberstock führend in die Verteilung des in den "angeschlossenen" und besetzten Ländern Europas enteigneten Kunstbesitzes eingebunden. Seinen Einfluss sicherte er sich ganz nebenbei 1937 mit der NSDAP-Mitgliedschaft. 1938/1939 diente Haberstock als Berater Hitlers für die Neuordnung der österreichischen Kunstsammlungen und hinsichtlich der Verwendung des beschlagnahmten Kunstbesitzes aus jüdischem Eigentum. Er fungierte auch als Einkäufer für Hitlers Museumsprojekt in Linz. Dabei besorgte er auch auf dem internationalen Kunstmarkt die gewünschten alten Meister. (2)

Karl Haberstock wird es nicht besonders beunruhigt haben, dass er 1935 in der Bellevuestraße 15 neue Nachbarn bekam. Schon früher hatten die Mieter auf dem Grundstück mehrfach gewechselt. Das Grundstück und die Bauten waren 1921 in das Eigentum des Staatsfiskus übergegangen, im Laufe der 1920er Jahre war der Schulbetrieb des Königlichen Wilhelms-Gymnasiums eingestellt worden, die Turnhalle wurde 1926 abgerissen und das Direktorenhaus wurde in eine repräsentative Dienstvilla umgebaut. Denn das Schulhaus war nun Tagungsstätte des "Reichswirtschaftsrates" geworden. Der Kunsthändler wird diese Umwandlung sicherlich als eine Aufwertung seines Standortes betrachtet haben. Aber auch der Reichswirtschaftsrat war im nationalsozialistischen Deutschland nicht von Dauer. Im Mai 1935 wurde das alte Schulhaus vom Volksgerichtshof als sein Hauptsitz übernommen.

Der Volksgerichtshof (VGH) wurde mit einem Beschluss des Reichskabinetts vom 24. März 1934 als ein gesondertes politisches Gericht gegründet. Hitler hatte bereits in "Mein Kampf" von der Notwendigkeit eines gesonderten Nationalgerichtshofes gesprochen. Die Freisprüche im Reichstagsbrandprozess hatten bei den Nationalsozialisten die Unzufriedenheit mit der rechtsstaatlichen Prozessordnung noch weiter geschürt. Alle Fälle des Hoch- und Landesverrats sollten nun gesondert vom VGH verhandelt werden. Ein Gesetz vom 24. April 1934 erhob den VGH zu einem ordentlichen Gericht. Tatsächlich hatte der VGH die Funktion eines politischen Sondergerichtes und wurde seit 1935 entsprechend ausgebaut. Den ursprünglich drei Senaten wurde ein vierter und ab 1941 ein fünfter und ein sechster Senat angeschlossen. 1941 wurde die Zuständigkeit des VGH auch auf alle Landes- und Hochverratsfälle in den angeschlossenen und

besetzten Gebieten des Reiches ausgeweitet, unabhängig davon, ob es sich bei den Angeklagten um Deutsche oder Nichtdeutsche handelte. Die einzelnen Senate bestanden aus zwei Berufsrichtern und drei Laienrichtern der NSDAP und ihrer Gliederungen, der Wehrmacht, der Waffen-SS und der Polizei, wodurch der politisch-instrumentelle Charakter des Gerichtes gesichert war.

Der überwiegende Teil der Prozesse, die vom VGH geführt wurden, fand in den Räumen des alten Königlichen Wilhelms-Gymnasiums statt. Nach seiner Gründung 1934 hatte der VGH seine Arbeit zunächst im Gebäude des Preussischen Landtags, dem heutigen Berliner Abgeordnetenhaus, aufgenommen. Mit dem Umzug in die Bellevuestraße 15 wurden an dem alten Schulhaus auch entsprechende bauliche Veränderungen vorgenommen: So wurden im Keller des Hauses Zellen für die auf die Verhandlung wartenden Häftlinge eingerichtet. Die Ausschusssäle des Reichswirtschaftsrates wurden in Gerichtsräume umgewandelt. Der größte Verhandlungssaal des VGH fand sich nun in der Aula der Schule im zweiten Obergeschoss. All das wird die Geschäfte des Kunsthändlers Haberstock im Tor- und Vorderhaus des Grundstücks nicht weiter beeinträchtigt haben. Nur wird dem Kunsthändler allmählich aufgefallen sein, dass die Zahl der Häftlingstransporte, die Zahl solcher An- und Abfahrten, sich steigerte. Aber im Vergleich zum früheren Schulbetrieb wird der Kunsthandel hier keine größere Unruhe empfunden haben. Und ob es den Kunsthändler beunruhigte, dass in dem klassizistischen Hofgebäude Todesurteile gesprochen wurden, wissen wir ebenfalls nicht. Sein Handel florierte jedoch und die terroristische Innen- und Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches eröffnete Karl Haberstock neue geschäftliche Perspektiven. Noch 1938 finden wir deshalb seine stolze Annonce mit der feinen Adresse Bellevuestraße 15 fett gedruckt im Berliner Adressbuch. Erst 1940 verlegte Karl Haberstock seine Kunsthandlung in die nicht weniger attraktive Kurfürstenstraße Nummer 59. Ob die Vergrößerung des Volksgerechtshofes der ausschlaggebende Grund für den Quartierswechsel dieses schon eingesessenen Mieters war, wissen wir nicht. Denkbar wäre auch, dass die Hochkonjunktur der Haberstock'schen Geschäfte einen Standortwechsel empfahlen. 1946 zog sich Karl Haberstock mit seiner Sammlung ins heimliche Augsburg zurück. (3)

Str. 55.	- Heintz
Str. 56.	- Josef
Str. 57.	- Karl
Str. 58.	- Robert
Str. 59.	- Willi
Str. 60.	- Adolf
Str. 61.	- Alfred
Str. 62.	- Fritz

Die Zahl der in der Bellevuestraße durchgeführten Prozesse stieg seit Beginn der 1940er Jahre stark an. Gleichzeitig ging der Anteil der hier verhängten Todesurteile in die Höhe. Besonders unter dem seit dem 20. August 1942 amtierenden VGH-Präsidenten Roland Freisler (1893-3.2.1945) fiel die Freispruchsquote der Angeklagten auf vier Prozent und stieg der Anteil der Todesstrafen auf circa 50

Mieter in der Bellevuestraße 15 – beim Volksgerechtshof: Die Kunsthandlung Karl Haberstock, Berliner Adressbuch 1938

Prozent. Freisler, seit 1923 NSDAP-Mitglied, hatte sich vom Rechtsanwalt in Kassel mit dem Jahr 1933 zum Staatssekretär im Justizministerium hochgekämpft und mit seiner Berufung zum VGH-Präsidenten Hitler versprochen, "so zu urteilen, wie er glaubt, dass Sie, mein Führer, den Fall persönlich beurteilen würden". Über Freislers Unerbittlichkeit notierte Goebbels am 23. September 1943 in seinem Tagebuch: "Freisler (hat) als Präsident des Volksgerechtshofes eine gewaltige Mauserung durchgemacht. Er ist jetzt wieder der radikale Nationalsozialist, der er früher im preussischen Landtag war. Das, was er als Staatssekretär im Justizministerium zu wenig getan hat, das tut er heute als Präsident des Volksgerechtshofes zu viel." Von den insgesamt 5.243 bekannten durch den VGH 1934-45 gefällten Todesurteilen (von insgesamt 16.342 vor dem VGH Angeklagten) wurden 4.951 von Roland Freisler ausgesprochen. Aber nicht erst mit Freisler hatte sich der VGH zum "obersten Standgericht zur Unterdrückung jeder oppositionellen Regung" (4) entwickelt. Bereits bis zum Jahre 1942 wurden durch ihn 240 Todesurteile verhängt. Viele Verfahren gegen Personen, die Widerstand gegen das Regime leisteten, fanden in der Bellevuestraße statt, so etwa im Oktober 1944 gegen die Mitglieder der Saefkow-Gruppe. Dar-

über hinaus verhandelte der VGH auch in anderen Städten des Reiches. Die Prozesse gegen die "Weiße Rose" wurden entsprechend in München geführt. Wegen der hohen Zahl der Verhandlungen mussten 1944 und 1945 einige Prozesse ins Kammergericht nach Schöneberg ausgelagert werden, wo im dortigen Plenarsaal die Schauprozesse gegen die Angehörigen des 20. Juli durchgeführt wurden.

Mittlerweile hatte sich auch das Erscheinungsbild des Hauses in der Bellevuestraße verändert. Erwin Reiser, der im Oktober 1944 als Beobachter an dem Prozess gegen die Saefkow-Gruppe teilnahm, notierte in sein Tagebuch: "Als sich die Tür in der Bellevuestraße hinter uns schloss, glaubte ich nicht mehr daran, dieses Gebäude wieder als freier Mann verlassen zu können. (...) Wir atmen auf, als wir die Zwingburg in der Bellevuestraße verlassen können. Wir sind andererseits tieftraurig." (5)

Das Gebäude des VGH hatte bei einem Bombenangriff 1942 einen ersten Schaden genommen. Die räumlichen Verluste wurden mit der Errichtung einer Geschäftszimmerbaracke auf dem Grundstückshof kompensiert. Vom Herbst 1944, als Erwin Reiser das Gebäude betrat, sollten nur noch wenige Monate vergehen, bis die Verhandlungen in der Bellevuestraße ihr Ende fanden. Fabian von Schlabrendorff, Mitangeklagter in den Verhandlungen zum 20. Juli, berichtete später über den letzten Prozesstag im alten Wilhelms-Gymnasium:

"Als am späten Vormittag des 3. Februar 1945 mein Fall vor dem Volkgerichtshof aufgerufen wurde, erklangen die Alarmsirenen. Um festzustellen, ob es sich um einen Großangriff handelte, wurde telephoniert. Die Antwort war bemerkenswert. Sie lautete: Bomberströme im Anflug auf Berlin. Eiligst suchte das ganze Gericht die Kellergewölbe im Gebäude des Volkgerichtshofes auf. Auch ich wurde nach vorsorglicher Fesselung in den Keller gebracht.

Ein furchtbares Bombardement begann. Es war wohl der schwerste Angriff, den die amerikanischen Bomber je auf Berlin geflogen hatten. Man hatte das Gefühl, als ob die Welt untergehe. Mitten in diesem lösenden Wirbel erscholl ein ohrenbetäubendes Krachen, das alle Insassen des Kellers erbeben ließ. Der Volkgerichtshof selbst war getroffen worden und stand in Flammen. Er wankte in seinen Fugen und brach auseinander. Ein Teil der Decke stürzte herunter. Ein gewaltiger Balken verlor seinen Halt, löste sich, schlug herunter und traf mit voller Wucht den Präsidenten des Volkgerichtshofes Freisler auf dem Kopf, während das entgegengesetzte Ende einem Wachtmeister eine Brustquetschung zufügte. Ein Arzt wurde irgendwoher herbeigerufen. Das Ergebnis seiner kurzen Untersuchung lautete: Doppelseitiger Schädelbruch, tot. Mein Pflichtverteidiger erzählte mir später, Freisler habe noch meine Strafprozessakten in der Hand gehalten." (6)

Der Bombenangriff und die Zerstörung des Gebäudes retteten Schlabrendorff das Leben. Sein Prozess fand erst am 16. März 1945 unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Krohne statt, und Schlabrendorff wurde sogar freigesprochen. Damit ließ ihn die Gestapo allerdings noch nicht aus ihren Fängen und verschleppte ihn ins KZ Flossenbürg und weiter nach Dachau, wo er am 4. Mai 1945 von amerikanischen Einheiten befreit wurde.

Befreiung, das hieß am Standort Bellevuestraße 15: Aufräumen. Im März 1948 meldete die Berliner Presse, dass Beauftragte des Magistrats zwei Jahre lang "Berge von Aktenmaterial gesäubert und geordnet [hätten], die in den Trümmern des Hauses des Volkgerichtshofes in der Bellevuestraße aufgefunden wurden. Aufgabe der weiteren Auswertung ist es zu ermitteln, welche Richter, Beisitzer, Staatsanwälte, Polizei- bzw. Gestapobeamte an den Verfahren mitgewirkt haben sowie die Denunzianten festzustellen, um sie der Strafverfolgung zuzuführen." (7) Doch wanderten die hiermit gesicherten Unterlagen im September 1949 in das Document-Center, wo sie aber der nun notwendigen Strafverfolgung nicht zugänglich waren. Die neue bundesdeutsche Justiz, die sich weitestgehend aus der alten reichsdeutschen Justiz zusammensetzte, unternahm auch keine Anstrengungen, dieses besondere Kapitel der deutschen Rechtsgeschichte strafrechtlich aufzuarbeiten. Dabei hatte bereits 1956 der Bundesgerichtshof den VGH zu einem "terroristisches Mittel der Unterdrückung" erklärt. Erst ein zufälliger, verspäteter Fund auf dem Gelände der Bellevuestraße 15, brachte den Stein der Aufarbeitung erneut ins Rollen: Am 2. November 1960 war man bei Entrümmerungsarbeiten auf einen verwitterten Stahlblech-Büroschrank gestoßen. Bei der Öffnung des Schrankes durch den Berliner Schrotthändler Heinz Kubbat fanden sich darin 1000 Todesurteile. Es handelte sich um Abschriften aus Handakten



des Ersten (Freisler'schen) VGH-Senats. Diese wurden nach einer Restaurierung im Koblenzer Bundesarchiv im Februar 1962 den Historikern zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt. Auf dieser Grundlage kam es Ende der 1960er Jahre zu 35 Ermittlungsverfahren gegen 63 Volksrichter und Reichsanwälte.

Erst Robert M. Kempner, der Ankläger vor dem Nürnberger Militärgerichtshof, brachte 1963 durch ein Klageerzwingungsverfahren einen Prozess gegen einen Volksrichter auf den Weg: Hans-Joachim Rehse. Rehse war ab 1942 richterlicher Beisitzer Roland Freislers am Ersten Senat des Volksgerichtshofs. Mindestens 230 Todesurteile trugen die Unterschrift Hans-Joachim Rehses. Bescheinigte das Münchner Oberlandesgericht am 25. Juni 1963 Rehse noch "Unterworfenheit unter die damaligen Gesetze", so erkannte das Berliner Landgericht am 3. Juli 1967 auf vorsätzliche Rechtsbeugung in sieben Fällen und verurteilte Rehse zu 5 Jahren Zuchthaus. Rehse ging in Revision und der Bundesgerichtshof wies das Verfahren an das Berliner Landgericht zurück, das am 6. Dezember 1968 den angeklagten Blutrichter freisprach. Freisler, Rehse und ihre Kumpanen hatten auf der Grundlage des nationalsozialistischen Rechts geurteilt, und eine Beugung der gebeugten NS-Rechtssprechung war ihnen nicht nachzuweisen. Dabei hätte darauf verwiesen werden können, daß der VGH kein Gericht war, weil seine Entscheidungen den Wünschen und Befehlen Hitlers zu folgen hatten. Eine weitere Aufnahme des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft kam wegen des Todes des Angeklagten nicht mehr zustande.

Erneut war es Robert M. Kempner, der den Berliner Justizsenator Meyer (SPD) im Oktober 1979 zu einer weiteren strafrechtlichen Verfolgung der Mitglieder des Volksgerichtshofes veranlasste. Auch die Ausstrahlung des Fernsehfilms "Holocaust" weckte die öffentliche Aufmerksamkeit für diese Aufgabe. Immerhin wurde nun bis 1983 eine Statistik über die VGH-Täter erstellt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren

387 VGH-Angehörige bereits verstorben,

89 VGH-Angehörige verschollen und nur

52 Volksrichter und Reichsanwälte kamen für eine Anklage noch in Frage, von denen der Jüngste 73 Jahre, der Älteste bereits 88 Jahre alt war. Von diesen wiederum waren etliche nicht an Todesurteilen beteiligt, andere verstarben während der Ermittlungen und 15 wurden für nicht mehr handlungsfähig erklärt.

Die letzte Anklage erfolgte im Frühjahr 1984, im Umfeld des 40. Jahrestages der Gründung des VGH, gegen den 82jährigen Pensionär Paul Reimers, der bis 1967 Landgerichtsrat in Ravensburg war und an 122 Todesurteilen des VGH mitwirkte. Paul Reimers entzog sich durch Freitod einem Verfahren. Andere Ermittlungen führten bis 1986 nur zur Einstellung.

Als nun die Mitglieder des VGH praktisch nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden konnten, befasste sich der Deutsche Bundestag mit dessen Urteilspraxis. 1984 brachte die SPD-Fraktion einen Beschluss-Antrag über den Volkgerichtshof ein, der allerdings zunächst an den Rechtsausschuss des Bundestages verwiesen wurde. Es bedurfte hier erst der Aufbietung zweier Opfer des Volksgerichtshofs, um eine einstimmige Beschlussgrundlage zu schaffen. Immerhin kam es am 25. Januar 1985, fast 51 Jahre nach Gründung des VGH, zu einem einstimmigen Bundestagsbeschluss, der feststellte, "daß die als 'Volksgerichtshof' bezeichnete Institution kein Gericht im rechtsstaatlichen Sinne, sondern ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft war." Deshalb komme den Entscheidungen des VGH keine Rechtswirkung zu. Weiter sprach der Bundestag den Opfern und ihren Familien seine Achtung und sein Mitgefühl aus.

Auch letzte Ermittlungen gegen den ehemaligen Amtsgerichtsrat und früheren Staatsanwalt am VGH Edmund Stark, 1986 noch 77jährig unter den Lebenden, der als Staatsanwalt im Prozeß gegen das Ehepaar Garske am 9. November 1943 oder auch im Verfahren gegen Robert Havemann, Georg Groscurth, Armin Richter und Paul Otto Rentsch die Todesstrafe gefordert hatte, verlief schließlich im Sande. Im Oktober 1986 entschied die Staatsanwaltschaft die Einstellung aller Verfahren gegen VGH-Angehörige. So kamen letztlich alle Verantwortlichen des VGH ohne eine Strafe davon. Die Staatsanwaltschaft Berlin bemühte sich 24 Jahre lang vergeblich. Mit der Einstellung 1986 wurde festgestellt, dass der VGH ein Scheingericht war und seine Angestellten keine Richter und Staatsanwälte, sondern Kriminelle und Mörder waren.

Nach dem Abriss der Ruine des alten Schulhauses 1950 blieb das Grundstück Bellevuestraße 15 weitgehend unbebaut. In den fünfziger Jahren richtete sich hier für kurze Zeit der Zollgrenzdienst in einer Holzbaracke ein und in den sechziger Jahren übernahm ein Hundesportverein das Gelände.

Der in West-Berlin erstellte Flächennutzungsplan des Jahres 1960 (28.12.1960) sah das Grundstück des VGH/Wilhelms-Gymnasiums für zentrale Funktionen in einer wiedervereinigten Hauptstadt Berlin vor. Der nachfolgende Flächennutzungsplan 1965 und der Bebauungsplan 1967 beabsichtigten, dass durch das Gebiet der Bellevuestraße die sogenannte Westtangente – eine Autobahnverbindung zwischen Tempelhof-Schöneberg und dem Wedding – gelegt werden sollte. Eine symbolische objekthafte Erinnerung an die historische Bedeutung dieses Ortes gab es bis 1990 nicht. Dabei wäre dies durchaus möglich gewesen. Schließlich standen noch Teile des Nachbarhauses, des Hotel Esplanade, das während der 1980er Jahre ab und an für kulturelle Veranstaltungen genutzt wurde und mit seinem "Kaisersaal" für ein mondänes Ambiente sorgte. Die Bemühungen um eine strafrechtliche Aufarbeitung des Volksgerichtshofs in den 1970er und 1980er Jahren hielten das Thema des VGH in der Öffentlichkeit präsent. Statt in der Bellevuestraße gedachte man aber der Opfer des VGH am Standort des Berliner Kammergerichts am Kleistpark. Dort wurde 1983 eine Gedenktafel aufgestellt, obwohl dieses Gerichtsgebäude dem VGH nur als zeitweiliges Ausweichquartier und wegen der größeren Räumlichkeiten für repräsentative Schauprozesse gegen die Angehörigen des 20. Juli 1944 diente. Die Verknüpfung des VGH im Schöneberger Kammergericht mit dem militärischen Widerstand prädestinierte dort ein öffentliches Gedenken. Die Bellevuestraße 15 dagegen lag nicht nur im Schatten der Mauer, sondern auch im Schatten der öffentlichen Aufmerksamkeit und eines öffentlichen Bewusstseins für die Vleischichtigkeit des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Auch bei den Gedenkinitiativen und -initiatoren bedurfte es der Wiedervereinigung und der damit verbundenen Rückbestimmung der Bellevuestraße von der West-Berliner Peripherie in das Gesamt-Berliner Stadtzentrum, um sich der historischen Bedeutung des Ortes klar zu werden.

Erst als das alte Berliner Zentrum rund um den Potsdamer Platz mit dem Beginn der Baumaßnahmen allmählich wieder an Kontur gewann, regte sich Interesse an der historischen Bedeutung der Bellevuestraße 15. Der Architekt Philipp Oswald, dessen Vater vom VGH in der Bellevuestraße verurteilt worden war, unterrichtete am 13. März 1996 den Vorstand des Vereins Aktives Museum über die historische Bedeutung des Standortes Bellevuestraße 15. Der Vorstand des Aktiven Museums verabschiedete in seiner Sitzung am 15. April 1996 einen Gedenktafeltext und sandte diesen mit der Bitte um eine Berücksichtigung an den Bürgermeister des damals verantwortlichen Bezirkes Tiergarten. Bürgermeister Jensen berichtete am 3. September 1996 dem Aktiven Museum, dass der Bezirk Tiergarten zur Kennzeichnung des historischen Standortes des VGH eine "Berliner Gedenktafel" beantragen wolle. Mit einer Anbringung sei allerdings aus verständlichen Gründen erst nach Abschluss der Bauarbeiten am geplanten Sony-Center zu rechnen. Die für das Programm "Berliner Gedenktafel" zuständige Historische Kommission befasste sich mit dem Antrag und stimmte der Anbringung einer "Berliner Gedenktafel" in der Bellevuestraße zu. Allerdings fiel plötzlich der Finanzier des Vorhabens weg. Die Berliner Sparkasse, die bis dahin das Programm "Berliner Gedenktafel" gefördert hatte, wollte sich nun anderen Aufgaben zuwenden. So blieb die Realisierung der Gedenktafel in der Bellevuestraße zunächst offen. Als sich Bundespräsident Roman Herzog Anfang 1999 mehrfach für die Schaffung von Gedenkstätten und Gedenktafeln zur Erinnerung an den Nationalsozialismus aussprach, richtete die Vorsitzende des Aktiven Museums, Dr. Christine Fischer-Defoy, einen Appell an den Bundespräsidenten, für die Gedenktafel Bellevuestraße 15 helfend ein zu greifen. Das Bundespräsidialamt leitete den Appell des Aktiven Museums an die Senatskanzlei weiter. Sowohl die Senatsverwaltung als auch das bezirkliche Bauamt setzten sich mit den heutigen Eigentümern des historischen Geländes in Verbindung. Diese erklärten sich jedoch für nicht zuständig und meinten, dass der eigentlich bedeutsame Hofgarten nicht mehr auf dem Grund des heutigen Besitzers läge. Dass der Zugang zum Dienstsitz des VGH über einen Teil des heutigen Sony-Centers erfolgte, konnte keine Umstimmung erreichen. Die Anbringung einer Gedenktafel an der Straßenfassade wurde abgelehnt. So ist den heutigen Nutzern der Bellevuestraße ihre Adresse wohl schon zu fein geworden, als dass hier an die Schrecken der deutschen Geschichte erinnert wer-

den könnte, als dass sie einen aktiven Umgang mit der historischen Bedeutung ihres heutigen Standortes pflegen könnten. Damit verwandeln sie die Bellevuestraße 15 (heute 5) in eine Zwingburg der Geschichtslosigkeit. Der Senatskanzlei, die die Ausführung und Anbringung der Gedenktafel vornahm, blieb nur ein Ausweichen in den öffentlichen Bürgersteig hinein. Trotz aller zeitgenössischen Indifferenz des Kommerziellen ist dennoch – auf Drängen des Aktiven Museums – eine Kennzeichnung des Standortes Bellevuestraße 15 am 20. Oktober 2001 gelungen.

Martin Schönfeld

Anmerkungen:

- (1) Zur Baugeschichte vgl.: Helmut Bräutigam/Gabriele Silbereisen: Volksgerechtshof, ehemals Königliches Wilhelms-Gymnasium Bellevuestraße 15, in: Historische Kommission zu Berlin/Helmut Engel/ Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hrsg.): Geschichtslandschaft Berlin – Orte und Ereignisse – Band 2: Tiergarten Teil 1 Vom Brandenburger Tor zum Zoo, Berlin 1989, S. 220 ff.
- (2) Vgl.: Jonathan Petropoulos: Art as Politics in the Third Reich, Chapel Hill/London 1996.
- (3) Karl Haberstocks Kunstsammlung, Besitz und sein Archiv ging als eine Stiftung an die Städtischen Kunstsammlungen Augsburg, die sich seitdem mit der Aufarbeitung dieses Kapitels ihrer Bestände sehr schwer taten. Haberstocks Rolle im NS-Kunstsystem wird in einer Veröffentlichung der Städtischen Kunstsammlungen Augsburg völlig verschwiegen. Vgl.: Städtische Kunstsammlungen Augsburg (Hrsg.): Die Karl und Magdalene Haberstock-Stiftung – Gemälde und Zeichnungen, München 1991.
- (4) Ingo Müller: Furchtbare Juristen, München 1987, S. 151.
- (5) Zit.n. Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 1994, S. 154.
- (6) Offiziere gegen Hitler, Frankfurt/Main und Hamburg 1959, S. 167/168.
- (7) Jörg Friedrich: Der lange Abschied vom Volksgerechtshof, 1986, S. 1066-1073, S. 1066.



16. Vereinigten alten m. b. G. T. Wirtschaftsprüf. er Gemeindefrag T. bel, Berl. Ge- T. ktion Berlin T. nt G.m.b.H. T. Kraftwäbr. Nr. 3 & 4 l. Frau alsinspektor f. d. ubststadt, Bau- Schlemp T. Hauswart.	15 Kraft Berl. 4. A. G., Abt. G. Groß-Berlin T. „Union“, Allgem. Deutsche Hagel-Berf. G. G. T. 15 E. u. V. Deutsch. Reich. Volksgerechtshof T. Rechtsanwaltschaft beim Volksgerechtshof T. Beder, G., Schlosser. Erdg. R., Hausinspek. T. Gläser, F., Kraftwäbr. T. Roth, R., Tischler. Thoen, M., Drucker. 16-18a E. Espianade Hotel T. Albert, Th., Dr., Rechts- anw. T. Dr. Reckmann T.	Rachmann, G. Sur. G. G. T. Wirtschafts- indust. 10 E. Oberfo- Sekret. 11-14 E. Re- minierf 12. 13 Dur, Jeromus, F. v. Rhode, F. Dangner, G. Siemert, G. 14 Keller, F. Geleschus, F. Rage, M. Schulze, R. v. Bröckel
--	---	--

Eine Adresse in Berlin: Bellevuestraße 15



## „Der Löffel meines Vaters“

Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel.  
EIN KUNSTPROJEKT von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann



15. September 2001: Mobiles Billboard mit den Fragen an die Tegeler Passanten  
Foto: "Der Löffel meines Vaters"



17. September 2001: Ankunft der ehemaligen holländischen Zwangsarbeiter und deren Ehefrauen am Berliner Ostbahnhof, Begrüßung durch die Künstler, Teilnehmer und Partner des Projektes  
Foto: "Der Löffel meines Vaters"

**„Der Löffel meines Vaters“**

**Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel.**  
**EIN KUNSTPROJEKT**

von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann



**19. September 2001:** Begrüßung der ehemaligen holländischen Zwangsarbeiter durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit. Auf dem Billboard die Porträts von Adrian Duivestijn und Kees Duindam, davor v.l.n.r.: Adrian Duivestijn, Klaus Wowereit, Kees Duindam, der holländische Botschafter van Dam  
 Foto: "Der Löffel meines Vaters"



**18. September 2001:** Philipp Engel, Leo Duyzend, Adrian Duivestijn und Kees Duindam (v.l.) vor dem mobilen Billboard  
 Foto: "Der Löffel meines Vaters"

„Der Löffel meines Vaters“

Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel.  
EIN KUNSTPROJEKT von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann

DIENSTAG,  
3. Juli 2001 NO

BERLINER  MORGENPOST

# LOKALANZEIGER

REINICKENDORF, PANKOW, OBERHAVEL

## „Oma hat nie etwas erzählt“

Jugendliche informierten sich über die Vergangenheit des Borsig-Geländes

mbu Tegel – Das Einkaufszentrum „Hallen am Borsigturm“ ist ein beliebter Treffpunkt bei Jugendlichen. Doch was wissen sie über die Geschichte dieser ehemaligen Produktionsstätte? „Hier standen Fabriken“, sagt Mandy Biessei. „Hier wurden Lokomotiven hergestellt“, kennt sich Stephanie Gottschalk schon besser aus. In einem Erfahrungs-Workshop mit der Künstlerin Sabrina Lindemann und der Bildhauerin Birgit Kammerlohr forschten sie weiter.

Sabrina Lindemann hat damit an sechs Tagen die Jugendlichen auf

das Aktionskunst-Projekt des Holländers René Klarenbeek vorbereitet. Wie berichtet, will der Maler in der letzten Augustwoche durch Tegel fahren und dabei auf einem Werbeaufsteller mit täglich wechselnden Bildern die Menschen zum Nachdenken anregen. Beispielsweise über die Vergangenheit des Industrieareals, auf dem auch Zwangsarbeiter für die Rüstungsindustrie produzierten. Einer davon war Jaap Klarenbeek, der Vater des Künstlers.

„Ich habe erfahren, dass hier Zwangsarbeiter gearbeitet haben und

dass ihre Lager keine KZ waren“, lernte Benjamin Hoffmeier während des Workshops. „Meine Oma hat nie etwas über diese Zeit erzählt“, begründet Stephanie Gottschalk, weshalb die Schüler der 8. Klasse so wenig wissen. „Es ist interessant, darüber etwas zu erfahren, was damals war“, sagt Sabrina Reeder.

Aber auch bei Interviews von älteren Passanten stießen sie teils auf Unwissen, teils auf Ablehnung. Und ob man an die Menschen, die dort unfreiwillig geschuftet haben, erinnern sollte? „Es muss ja nicht an jeder Ecke eine Gedenkstätte sein“, sprach einer auf Band. Auch Sebastian Hämmerle fände das nicht notwendig: „Es stehen bereits überall Mahnmale.“

Sabrina Lindemann hat mit dem Workshop ihr Ziel erreicht: „Die Jugendlichen sehen nun diesen Ort mit anderen Augen.“ Ihre Erfahrungen haben die Teilnehmer auf Briefmarken großen Aufklebern zusammengefasst. „Gedenkstätte für die Arbeiter?“, steht da drauf oder „Keine Zeit“, „Haben Sie etwas gesehen?“ und „Ich will nicht darüber reden“.

Ob die 14-Jährigen das Gefühl haben, sich bei den damaligen Zwangsarbeitern, die Sabrina Lindemann und René Lindemann im September nach Tegel einladen, entschuldigen zu müssen? Die Antwort ist einstimmig „Nein“ – schließlich habe noch niemand von ihnen für die Tat eines anderen um Verzeihung gebeten.



Benjamin, Stephanie, Sebastian, Diana, Mandy und Sabrina mit ihren Aufklebern vor einer Zitatensammlung aus der Passantenbefragung. FOTO: BUSSE



## „Der Löffel meines Vaters“

Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel.  
EIN KUNSTPROJEKT

von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann

SONNTAG, 2. SEPTEMBER 2001 / NR. 17 516

BERLIN KULTUR

DER TAGESSPIEGEL / SEITE 27

# Nein, meine Erinnerungssuppe ess ich nicht

Jaap Klarenbeek kam 1943 als Zwangsarbeiter nach Berlin. Sein Sohn geht mit einem Kunstprojekt auf Spurensuche

VON AMORY BURCHARD

Das Schicksal seines Vaters sollte René Klarenbeek auf dem Bahnhofsvorplatz in Tegel einholen. „Ich bin Maler“, hatte er im Rudi-Carrell-Tonfall zu einer Frau gesagt und auf seine gesprochenen Schuhe gezeigt. „Ach, da kommen Sie mal zu mir malern“, antwortete die etwa 70-jährige schimpfisch. So einen geschickten Holländer können sie in Tegel immer noch gebrauchen. Dieser Frau zeigt der Künstler gar nicht erst „den Löffel meines Vaters“, nach dem sein Kunstprojekt benannt ist. Er lässt sie ziehen ohne Groll. Wie ein Angler, der einen zu kleinen Fisch zurück in den Strom wirft.

Zwangsarbeiter bei Rheinmetall-Borsig in Berlin-Tegel war Jaap Klarenbeek, ein 18-jähriger Anstreicher, Wandergeselle wider Willen. Als Souvenir brachte er einen Suppenlöffel aus grobem Kriegsalluminium mit. Damit hatte Mutter Klarenbeek stets die Kartoffeln vorzuliegen. Als sie ihn einmal fürs Gemüse nahm, wurde der alte Klarenbeek wütend. Sohn René, Jahrgang 1964, verstand: „Da fragst du lieber nichts.“ Nun, fast sechzig Jahre nach der Verschleppung des Vaters, will der Sohn mehr wissen. „Wenn du als Künstler kommst“, sagt er, „denken die Leute, du bist hartlos.“ So steht er vor einem VW-Bus, auf den zwei von ihm benannte Werbetafeln montiert sind, und sagt den Leuten, er sei Maler, wie sein Vater. Nur dass der Vater nicht freiwillig kam. René Klarenbeek hat etwas auszuölfeln: die vom Vater dünn gehaltene Klarenbeek-sche Erinnerungssuppe. In der auch Renés finstere Onkel zappeln. Sie waren für die Nazis und vertreiben den kleinen Bruder, der sich vor dem Abtransport zur Arbeit ver-

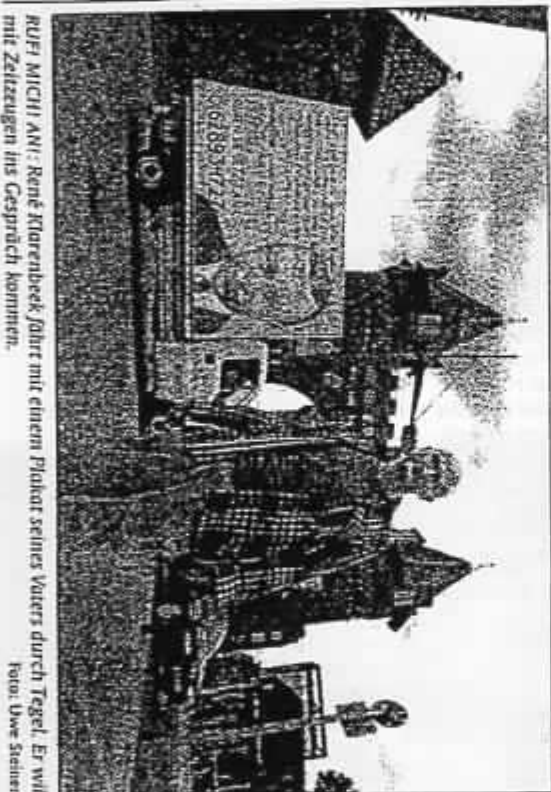
steckt hatte, an die Gestapo. Dazu kommt der unweidliche Brel der Kriegsgeschichten, die ihm die Passanten aufhischen.

Jeden Abend malt René Klarenbeek gemeinsam mit der deutschen, in Den Haag lebenden Künstlerin Sabina Lindemann ein neues Bild auf sein Billboard. Die fahbaren Werbetafeln bearbeiten die Künstler in so einer ehemaligen Borsig-Werkschule. In der Klarenbeeks Vater die Gewehre lackieren musste, mit denen die Deutschen sein Land in Schach hielten. In der ersten Berliner Nacht entstrie ein Porträt des Vaters als junger Mann, ein Text: „... haben Sie Ein-

nerungen an ihn oder an diese Zeit?“ Nach großer Kunst, sagt Klarenbeek, soll das nicht aussehen. Die selbst gemalten Plakate sind Werbung für sein Kunstprojekt zum Mitmachen, das die Kriegserinnerungen der alten Tegel in den nächsten Wochen krakenartig umarmen wird. Die Großeltern-Generation befragt nicht nur der herbeigereste Sohn, Sabina Lindemann und eine Kollegin waren schon im Juni mit Tegel's Schülern auf Spurensuche. Diese Schüler treffen Mitte September 15 ehemalige Borsig-Zwangsarbeiter, die Klarenbeek und Lindemann zu einer Reise nach Berlin überredet haben. Stell-

vertretend für den Vater, der dem Sohn schließlich einen gemeinsamen Erinnerungstipps versprochen hatte - und starb. Die Sache mit dem Sohn, der seinen Vater sucht, kommt gut an, sagt Klarenbeek. Zwangsarbeiter, Zeitzeugen, Schlichterworkshop für dieses Projekt gewann er eine lange Reihe von Sponsoren, darunter das Aktionsprogramm I respect des Landes Berlin und den Hauptstadt-Kulturfonds.

Tagüber gehen die Künstler auf Menschenfänger. Mit ihren Werbetafeln durchfahren sie die Straßen zwischen dem ehemaligen Zwangsarbeiterlager am Waldmannslustor Damm und dem alten Werkstor von Borsig. An diesen Ausgangspunkten, am Ende der Fußgängerzone, vor der „Sport-Klausur“ und am S-Bahnhof Tegel stehen sie dann jeweils ein Stundchen und lassen sich ansprechen. Die nächste Passantin auf dem Bahnhofsvorplatz verrät mehr als ihre resolute Vorgängerin. Ja, ihr Vater brachte sie zur Schule vorbei an einem Lager. Dass dort Zwangsarbeiter lebten, erfährt sie erst später. Die Bombennacht am 26. November 1944, die Jaap Klarenbeek knapp überlebte, traumatisierte auch das damals sechsjährige Mädchen. „Deutsche und Holländer wurden von denselben Bomben getroffen“, notiert René Klarenbeek. Er beginnt zu verstehen, warum sein Vater die Deutschen nicht hasste. Dieser Frau zeigt der Sohn den Löffel seines Vaters. Sie fährt mit den Fingern darüber und sagt: „Solche Löffel hatten wir auch.“



RUDI MICHI ANI: René Klarenbeek fährt mit einem Plakat seines Vaters durch Tegel. Er will mit Zeitzeugen ins Gespräch kommen.

Foto: Uwe Sehnert

Das Projekt im Internet unter [www.der-loeffel-meines-vaters.de](http://www.der-loeffel-meines-vaters.de). Ortstermine mit den Künstlern können unter 0162/8934727 vereinbart werden.

„Der Löffel meines Vaters“  
Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel.  
EIN KUNSTPROJEKT von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann

Berliner Zeitung Nummer 225 Montag, 24. September 2001

25

## Berlin

TEGEL

# „Man kann vergeben, aber nicht vergessen“

Philip Engel war Zwangsarbeiter in den Borsig-Werken / Für ein Kunstprojekt kam der Niederländer nach Berlin zurück

VON MAXI HONIGSCHEID

**E**in alter Mann steht am Tegeler Hafen und schaut nachdenklich auf das Wasser. Ganz in der Nähe befindet sich ein Gewerbepark mit einem Einkaufszentrum. Auf diesem Gelände standen im Zweiten Weltkrieg die Borsig-Werke. Heute erinnert fast nichts mehr an die riesigen Werkhallen. Auch die Schienen, die quer durch das Gelände liefen und auf denen Flakgeschütze, Panzerfauste oder Panzerrollen transportiert wurden, gibt es nicht mehr.

Philip Engel gehörte zu den Zwangsarbeitern, die für die deutsche Rüstungsindustrie arbeiten mussten. Eigentlich wollte der 79-jährige nie mehr an diesen Ort zurückkehren. Doch für René Klarenbeek änderte er seine Ansicht. Der holländische Künstler lud ehemalige Tegeler Zwangsarbeiter nach Berlin ein, um mit einem Projekt gegen das Vergessen der Zwangsarbeiter zu kämpfen. Denn viele Bewohner des Bezirks konnten sich bei Be-

fragungen nicht mehr an sie erinnern. Was kaum vorstellbar ist. Denn 1943 gab es nur 6000 Einwohner in Alt-Tegel und 20 000 Zwangsarbeiter. Auch Klarenbeeks verstorbener Vater Jaap war einer der holländischen Zwangsarbeiter in Tegel.

### Lehre als Steinmetz

Philip Engel hatte nach der Schule eine Lehre zum Steinmetz gemacht. Seine Frau konnte er gerade mal drei Monate, als er von seinem Heimatort in der Nähe von Otrecht in den Niederlanden nach Deutschland gebracht wurde. „Meine Erinnerungen an Berlin sind hasserfüllt, acht bis zehn Stunden manchnmal auch zwölf Stunden harte Arbeit, Hunger und Kälte“, sagt Philip Engel. Er musste von 1943 bis 1945 bei Borsig arbeiten. „Hier hat sich so viel verändert, es ist schwer für mich, wieder hier zu sein, aber ich musste herkommen, um damit abschließen zu können“, sagt Engel. Seltner Familie konnte er bis Anfang 1944 Briefe schreiben, doch

selbst das wurde ihm dann verboten. „Die Bombenangriffe auf Berlin wurden häufiger, wir hörten von dem gestroffenen Zwangsarbeitlerlager am Waldmannsluster Damm, in dem 150 von uns umkamen“, erzählt er stockend.

Die Arbeiter bekamen während der zwei Jahre keine Kleidung zum Wechseln, die schlechte Verpflegung fiel mit den zunehmenden Angriffen auf Berlin noch geringer aus. Krankheiten wie Krätze oder Tuberkulose verbreiteten sich in Windeseile in den Baracken, in denen hunderte Menschen auf engstem Raum eingesperrt waren. Trotzdem mussten sie hart arbeiten.

Im Herbst 1944 wurden die Arbeiter nach Guben gebracht. Von dort gelang Engel mit einem Freund im Januar 1945 die Flucht. „Ein deutscher Grenzposten, ein NSDAP-Mann, bekam etwas von unseren Fluchtplänen mit. Wir hatten schreckliche Angst und dachten, er würde uns verraten oder gleich erschließen. Er steckte uns ei-

nen Zettel mit einer Adresse zu, gab uns Kleidung und ließ uns laufen. Wir kamen dann für ein paar Tage bei seiner Tochter in der Nähe von Dresden unter“, erzählt er. Engel schlug sich quer durch Deutschland durch und war nach zwei Wochen zu Hause in den Niederlanden.

Wenn Engel jetzt an Deutschland dankt, empfindet er weder Hass noch Angst. Trotzdem gilt für ihn: „Man kann vergeben, aber nie vergessen.“ Dushalb befräwortet er auch eine Gedenktafel in Tegel, damit kommende Generationen wissen, was an diesem Ort passiert ist. In der Halle 30, eine der wenigen, die sich seit Kriegsende nicht verändert haben, schrieb René Klarenbeek ein selbst verfasstes Gedicht in deutscher und niederländischer Sprache an die Wand:

*Die Vergangenheit ist, dass wir scheinbar nichts mehr wissen. Wenn uns die Vergangenheit nicht mehr berührt, sind die Toren vergessen. Nur im Dialog mit den Toren entsteht die Zukunft.*

### Philip Engel



Philip Engel kurz nach der Flucht im Januar 1945 und heute

Philip Engel musste von 1943-45 als Zwangsarbeiter in Deutschland arbeiten. Der 79-Jährige ist heute glücklich verheiratet und lebt in der Nähe von Utrecht.

Zur Erinnerung an die Tegeler Zwangsarbeiter organisierten René Klarenbeek und Sabrina Lindemann, Birgit Kammerlohr und Thomas Beier Diskussionen mit Schülern und ehemaligen Zwangsarbeitern über die Errichtung eines Denkmals. Im Herbst wird es in Alt-Tegel eine Ausstellung geben.

## „Der Löffel meines Vaters“

Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel.  
EIN KUNSTPROJEKT

von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann

Mittwoch,  
26. September 2001

BERLIN

Neues  
Deutschland

## Das Kunstprojekt »Der Löffel meines Vaters«

Tegeler Schüler engagieren sich mit den Künstlern am Borsigturm

Von Uta Herrmann

Der 78-jährige Leo Duyzend aus den Niederlanden zeigt bei seinem ersten Treffen mit Jugendlichen aus Tegel deutlich seinen Unmut. »Ich bin böse, dass wir keine Entschädigung erhalten haben, auch der letzte Monatslohn wurde uns nicht gezahlt. Traurig bin ich darüber, dass bei einem Empfang bei der Leitung der Borsigwerke das Wort Zwangsarbeiter nicht einmal erwähnt wurde.«

Leo Duyzend gehört zu den rund 2000 ehemaligen Zwangsarbeitern aus Holland, die in den Kriegsjahren bei der Rheydtmetall-Borsig AG arbeiten mussten. Vier von ihnen kamen nun mit ihren Ehefrauen aus Holland zurück zu den Borsig-



Auch mit dem Bild seines Vaters ist René Klarenbeek in Tegel unterwegs

Foto: Kunstprojekt

A N Z E I G E

### LUTZ JAHODA

Große Buchpremiere »Lutz im Glück und was sonst noch schiefief«, heute in Köpenick, Freiheit 15, um 20 Uhr  
Bahnhofstr./Ecke Lindenstr., zu erreichen mit dem Teller Bus oder  
Straßenbahn (Ende Linie) von S-Bf. Köpenick Richtung Müggelsee

Lesung 10  
um 8 DM VERLAG DAS NEUE BERLIN

werken. Eingeladen wurden sie von dem niederländischen Künstler René Klarenbeek und der in Berlin geborenen, heute in Den Haag lebenden Künstlerin Sabrina Lindemann. Der Besuch der alten Menschen aus Holland ist der Höhepunkt ihres mehrteiligen Kunstprojektes »Der Löffel meines Vaters«.

Der Ort, an dem während der NS-Zeit 20 000 Zwangsarbeiter aus vielen Ländern in der Flüstungsproduktion arbeiten mussten, ist heute Treffpunkt vieler Jugendlicher. »Ich wusste nicht, was hier an diesem Platz, wo wir heute Billard spielen oder einkaufen, in der Vergangenheit war«, meint die 15-jährige Ira Vogler von der Julius-Leber-Oberschule. Sie hat während ihrer Mitarbeit beim »Mobilen Institut für Spurensuche« im Rahmen des

Projektes viel gelernt. Unter dem Motto »Du siehst was, was ich nicht sehe« gehen Jugendliche und Künstler der Frage nach, ob ein Gedenkzeichen für die ehemaligen Zwangsarbeiter im heutigen Einkaufs- und Freizeitzentrum »Hallen Am Borsigturm« notwendig ist. »Das ist es ganz sicher«, erzählt Stephanie Gottschalk aus der 9 b des Humboldt-Gymnasiums, für die Kunst und Geschichte sich in diesem Projekt wunderbar verbinden. »Viele der älteren Generation aus dieser Gegend möchten über diese Zeit nicht sprechen. Daher müssen wir es tun.«

Dieser Ansicht sind auch die Initiatoren. Für sie hat der respektvolle Umgang mit der Vergangenheit und ein Erinnern und Gedenken nur dann einen Sinn, wenn auch die Jugend von heute an diesem Prozess beteiligt wird. Die ersten Ergebnisse der Spurensuche und des gesamten Projektes sind in einer Werkausstellung vom 4. bis 7. Oktober im Projektraum Am Borsigturm 13 zu sehen. Eine umfangreiche Ausstellung ist für das kommende Früh-

jahr geplant. Nicht nur Jugendliche, sondern alle Anwohner rund um den Borsigturm können sich am Kunstprojekt beteiligen. Noch bis Anfang Oktober fahren die Künstler René Klarenbeek und Thomas Beier mit einem mobilen Billboard durch Tegel. Der Werbeträger wird täglich auch von Passanten – neu bemalt. Die Bilder werden mit dem Fotoapparat festgehalten. Die so entstehende Bilderserie hat ihren Ausgang in der Geschichte von René Klarenbeeks Vater, dem ehemaligen Zwangsarbeiter Jaap Klarenbeek.

Der Vater hat in den Nachkriegsjahren seiner Familie nicht viel über seine Erlebnisse in Berlin-Tegel erzählt. Da gab es nur diesen Aluminiumlöffel aus jener Zeit, mit dem jeden Tag die Kartoffeln aufgetan wurden. Diesen Löffel hat René geerbt. Das war ihm Anlass, in Tegel nach den Spuren der Vergangenheit zu suchen.

Weitere Informationen zum Kunstprojekt unter: [www.der-loeffel-meines-vaters.de](http://www.der-loeffel-meines-vaters.de)



„Der Löffel meines Vaters“  
Ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken, Berlin-Tegel.  
EIN KUNSTPROJEKT  
von René Klarenbeek und Sabrina Lindemann

fax: 030 - 25 186 74 e-mail: berlin@par.de

berlin

sonnabend/sonntag, 6./7. oktober 2001 ☉ die tagung 31

## Die Löffel der Väter

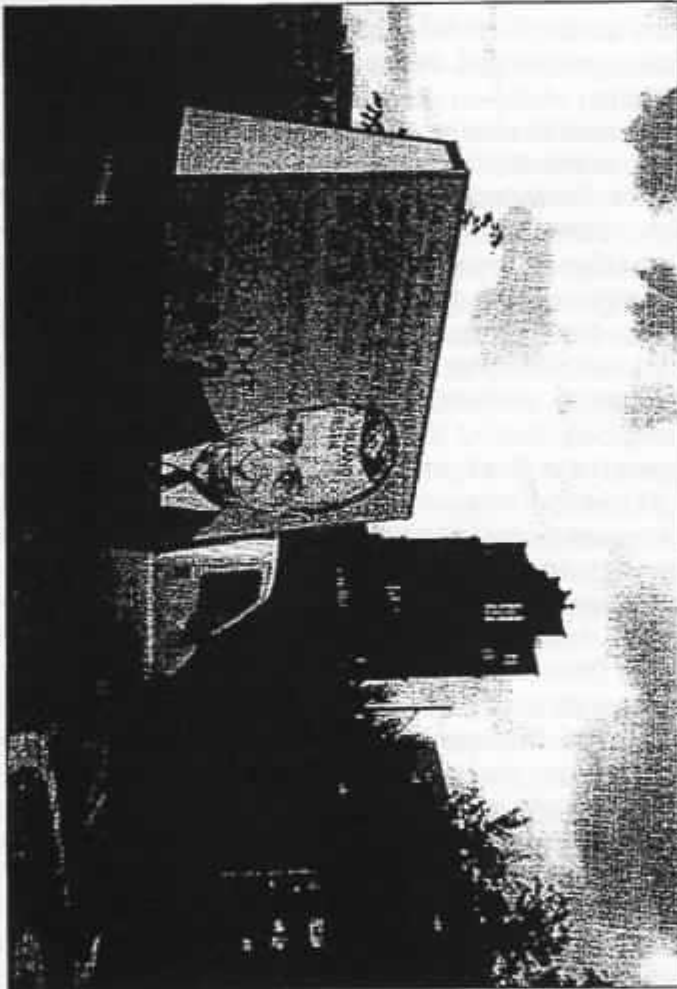
2.000 niederländische Zwangsarbeiter mussten in den ehemaligen Borsigwerken Woffen schmieden. Ein Künstlerprojekt dokumentiert nun ihre Spuren

von FRITJA WILTIS

Der Aluminiumlöffel steckte immer in den Kartoffeln. Ihre Klarenbeeks ganze Kindheit durch. Und wenn er nicht in der dampfenden Schüssel steckte, stand sein Vater auf und hob ihn. Vorher konnte er nicht essen. Als Jaap Klarenbeek – der Vater – starb, erhebt René seinen Löffel und fragte sich, was es mit diesem kleinen Ding auf sich hat.

Er ist weder schön noch wertvoll. Verloren. Jaap Klarenbeek war 18 Jahre alt, als er den Löffel 1943 in den Berliner Borsigwerken in die Hand gedrückt bekam. Es war der einzige Gegenstand während klaglicher Mahlstunden, an dem er sich die nächsten zwei Jahre klammern konnte. In denen er als Zwangsarbeiter aus den Niederlanden in den Tegelger Rüstungswerken Waffeln für die deutsche Kriegsmaschinerie schmolde. 1943 hatte die Wehrmacht rund 600.000 junge Holländer zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert, 30.000 der jungen Männer lebten bei diesem Zwangsersatz ihr Leben. In Alt-Tegel kamen damals auf 6.000 Einwohner 20.000 Zwangsarbeiter, darunter 2.000 Holländer. Jaap Klarenbeek war einer von ihnen.

René Klarenbeek wusste über diese Zeit nur Ulfedreien, als sein Vater nach Gemetsman machte er sich mit der aus Berlin stammenden und heute in Den Haag lebenden Künstlerin Sabina Lindemann auf die Suche nach noch lebenden Erbskollgen der Borsig-Jahre in den Niederlanden. Suchten auch in Tegel nach Zeitzeugen. Menschen, die sich noch an die Tage erinnern konnten, als ihr Standbild einem



Provokation und Erinnerung um der Sozialdokumente: René Klarenbeeks erstes Bildband 1992. FOTO: FRANK

Zwangsarbeiterlager gleich. Sie wurden fündig, sammelten Erinnerungen, zeichneten Gesprächs auf, haften eine Idee

René Klarenbeek merkte sich einen Lasterswagen, befestigte darauf zwei Plakatabwände – Bildtafel – und fuhr ab Anfang September damit durch Tegel, um sie mit Hilfe der Menschen auf der Straße zu besetzen. Jeden Tag zwei großformatige Plakate, auf

denen die Erinnerungsgut, Mengen, der Gedächtnisaustausch an der Borsigstraße mit dem Kern Tegel aufgetragen wurden. Abends fotografiert und dann anderntags wieder mit neuen Bildern übermalt. Sabina Lindemann organisierte mit Ju-

gendlichen aus Tegelger Schulen das „Mobile Institut für Spurensuche“, ihre Workshops nannten sie „Ich sehe was, was du nicht siehst“ und „Du siehst was, was ich nicht sehe“. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. An diesem Wochenende stand die Bildtafel und die Dokumenten der Schüler im Projektraum der Borsigwerke in einer vorläufigen Ausstellung zu sehen. Im Internet ist unter www.loeffel.net immer noch das gesamte Projekt abkommuniziert. Im Frühjahr 2002 werden alle Resultate in einer umfassenden Schau

in Tübingen auf dem ehemaligen Gelände der Borsigwerke präsentiert werden.

Sabina Lindemann hat das Projekt aber in Tegel schon längst hinter lassen. Rudi Gehrig, ein Tegelger Zeitzeuge hat sich an allen Workshops beteiligt. „Ich bin absolut begeistert“, sagt er immer wieder, „dass sich junge Leute für diese Zeit damals so Interesse

ren. Vor allem jetzt, wo es um die Frage der Zwangsarbeiterentschuldigungen geht. Ich das sehr wichtig und erfreulich.“ Der Historiker und ehemalige Borsigmitarbeiter erinnert sich noch genau an die Niederlandezeiten Zwangsarbeiter. Mit einem von ihnen war er sogar so etwas wie befreundet. Auf dem Weg zur Arbeit traf und unterließ man sich. Und als er 1943 ausgebucht wurde, seine Eltern verschollen waren, da hat ihm sein holländischer Freund an, mit in seine niederländische Heimat zu gehen. Rudi Gehrig blieb, den Freund sah er niemals wieder.

Das ist so lange vorbei, und wir haben jetzt Dinge zu erledigen, die wichtiger sind: älteste ein 79-jähriger René Klarenbeek auf eines der Bildbände. Für Rudi Gehrig ist es nie vorbei. Auch nicht für die fünf niederländischen Zwangsarbeiter, die Ende September auf Einladung der Künstler und der Borsigwerke nach Berlin kamen. Philipp Engel, ein 79-jähriger alter Mann, wollte nicht noch einmal nach Tegel kommen. Hier hat sich so viel verändert, es ist schwer für mich, wieder hier zu sein. Aber ich musste herkommen, um damit abschließen zu können“, sagt er ergründlich der letzten Backsteingebäude, die heute im schilleren Glanz von Einkaufszentrum

strahlen.

Und eine Tegelger Lehrerin erzählt dabei von dem Holzlöffel ihres Vaters aus bogiger Gerangelstein. Sie hatte sich ihn als Geschenk zur Hochzeit gewünscht, aber nur als Foto bekommen: „Hätte er seinen Löffel nicht mehr, würde ein Teil seines Lebens verloren gehen.“

## Funde im Staub der Geschichte Shanghais

Die Reisepässe der Ruth M. und der Maria F.

Die lange vernachlässigte Tatsache, dass in den späten 1930er und frühen 1940er Jahren etwa 20 000 vor allem jüdische Emigranten aus Mitteleuropa in Shanghai Zuflucht fanden, ist mittlerweile zumindest im Bewusstsein derer festgeschrieben, die sich ein wenig näher mit den Ereignissen der damaligen Zeit auseinandersetzen. Konferenzen der überlebenden Rückkehrer, zahlreiche Aufsätze, detail- und inhaltsreiche Bücher, sowie filmische Versuche einer Dokumentation sind als Zeugnisse verfügbar und sollten dazu beitragen, dass auch spätere Generationen sich über diesen Abschnitt deutsch-chinesischer Beziehungen informieren können. Und dennoch findet sich immer wieder der eine oder andere neue Mosaikstein, der uns zeigt, dass das schon weitgehend vollständig geglaubte Bild als ewig unvollständig gelten muss.

Zwei solcher Mosaiksteine entstand ich im Juli 2001, als ich mit 20 deutschen Medizinstudenten auf der Durchreise zu einem Famulaturkurs in Hangzhou ein Wochenende in Shanghai verbrachte. Aus dem staubigen Umfeld eines ansonsten wenig attraktiven Angebots an alten und zerfiederten chinesischen Heftchen eines Straßenhändlers nahe der Henan Lu nahm ich die Reisepässe zweier ehemals deutscher Staatsbürger auf, die sich offensichtlich vor der drohenden Katastrophe noch rechtzeitig hatten in Sicherheit bringen können. Diese Dokumente, ich nenne sie im Folgenden Reisepass 1 und Reisepass 2, spiegeln in eindringlicher Weise zwei Einzelschicksale wider. Diese Einzelschicksale wiederum stehen für eine Unzahl anderer Einzelschicksale, die denselben oder einen sehr ähnlichen Weg gingen, um sich selbst und – in den Anfangsjahren noch möglich – ein wenig Habe zu retten. Dabei bezeichne ich mit „ein wenig Habe“ auch die gesamte Praxiseinrichtung, die zumindest einer der Arzt-Emigranten mitnehmen konnte und die ihm im Exil Shanghai das Überleben erheblich erleichterte. Verglichen mit dem, was er zurücklassen musste, an Besitz und, wichtiger noch, an Heimat und Gefühlen, war dies dennoch nur „ein wenig Habe“.

Warum und wie ausgerechnet Shanghai? Neben anderen hat Steve Hochstadt dies noch einmal in seinem Beitrag „Flucht ins Ungewisse: Die Jüdische Emigration nach Shanghai“ zu dem jüngst von Georg Armbrüster, Michael Kohlstruck und Sonja Mühlberger herausgegebenen Buch „Exil Shanghai 1938-1947“ (Verlag Hentrich & Hentrich, 2000) erläutert. Es sei hier nicht wiederholt. Die beiden Reisepässe zeigen auf ihre Weise an scheinbar nüchternen Pässeinträgen für den, der sie vor dem Hintergrund solcher umfassenderer Darlegungen zu „lesen“ versteht, den Ablauf zweier Dramen, wie sie sich in jener Zeit so vielfach ereigneten.

Reisepass 1 war ausgestellt am 21. September 1935 auf die Verkäuferin Ruth M., geboren am 26. Juni 1911 in Rogasen (einer Stadt nördlich von Posen) und wohnhaft in Berlin-Tegel. Auf der ersten Seite, links neben dem Reichsadler war ein großes rotes J eingestempelt, daneben der handschriftliche Vermerk: 21.10.38. Ruth M., so entnehmen wir der Personenbeschreibung auf S.3 hatte blonde Haare und ansonsten keine besonderen Kennzeichen. Der Geltungsbereich ihres Reisepasses umfasste In- und Ausland. Gültig war der Pass für fünf Jahre bis zum 21. September 1940. Doch ein Eintrag vom 19. April 1938 schränkte den Geltungsbereich auf das Inland ein. Ein neuer Eintrag vom 25. Juli desselben Jahres erweiterte den Geltungsbereich erneut auf In- und Ausland und legte das Ende der Gültigkeit auf den 26. Juli 1939 fest.

Was hier nur einige dürre Daten sind, das waren in der damaligen Wirklichkeit für Ruth M. Stationen auf einem Weg in die Vernichtung und aus dieser Gefahr wieder heraus. Ein Stempel vom 24. Januar 1939 vermerkt die Ausreise an diesem Tag aus dem Herrschaftsbereich des Deutschen Reiches über den Brenner mit der Eisenbahn nach Italien. Dort bestieg Ruth M., wie ein weiterer Stempel andeutet, zwei Tage später am 26. Januar 1939 ein Schiff, das sie zunächst, wieder dokumentiert durch einen Stempel, am 9. Februar nach Colombo und am 20. Februar nach Hongkong brachte. Wann sie von dort nach Shanghai kam, ist in dem Reisepass nicht dokumentiert.

Es folgen jedoch noch zwei Eintragungen, die in Shanghai vorgenommen wurden. Am 12. April 1939 wurde von dem Deutschen Generalkonsulat der Zwangsname Sara, den alle Jüdinnen deutscher Staatsangehörigkeit ihren bisherigen Vornamen hinzufügen mussten, in den Reisepass von Ruth M. eingetragen. Der Eintrag hat den Wortlaut: „PaßinhaberIn führt ab 1. Januar 1939 zusätzlich den Vornamen – Sara“. Es gab mehrere gewichtige Gründe für die Emigranten

in Shanghai das Deutsche Generalkonsulat aufzusuchen. Welche auf Ruth M. zutrafen, wissen wir nicht. Möglicherweise war es in ihrem Fall der Wunsch, ihre Eheschließung mit einem anderen jüdischen Emigranten formell bestätigen zu lassen. So lautet der chronologisch letzte Eintrag vom 29. August 1939 „Paßinhaberin hat sich am 22.8.1939 mit dem deutschen Reichsangehörigen Oskar Alfred Max Israel S. verheiratet“. Der Reisepass war am 26. Juli 1939 ungültig geworden und es ist vielleicht nur unter den besonderen Bedingungen Shanghais verständlich, dass das Generalkonsulat einen amtlichen Eintrag in ein ungültiges Reisedokument machte. Ob Ruth M. noch weiteren Kontakt mit der diplomatischen Vertretung ihrer potentiellen Mörder hatte, wissen wir nicht. Am 25. November 1941 wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1942 allen im Ausland lebenden jüdischen Deutschen die Staatsbürgerschaft entzogen. Eine Verlängerung des Reisepasses von Ruth M. erfolgte nicht. (Siehe dazu auch: Christiane Hoss, Der lange Arm des Deutschen Reiches. Zu den Ausbürgerungen von Emigrantinnen und Emigranten in Shanghai. In *Exil Shanghai*, 2000, S.165-181). Eine letzte amtliche Notiz von ihr während ihres Aufenthalts in Shanghai findet sich in der Liste, die die japanische Fremdenpolizei im Sommer 1944 von den im Dee Lay Jao Distrikt Shanghais gemeldeten 14 800 Ausländern erstellte. Sie nennt sowohl Ruth als auch Oskar S., beide wohnhaft 783/30 Point Lu.

Ruth M. hatte den klassischen Weg aus Deutschland an das Mittelmeer und von dort mit dem Schiff nach Shanghai genommen. Der Nachweis einer Schifffahrtskarte genügte, um nach zahlreichen weiteren Formalitäten, die zunehmend sowohl entwürdigend als auch enteignend waren, eine Genehmigung zur Ausreise zu erhalten. Selbst einige KZ-Häftlinge konnten noch freikommen und das Reichsgebiet verlassen, wenn sie durch Verwandte oder aus anderen Quellen das teure Billet in den rettenden Hafen von Shanghai erhielten. Nach dem Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 war dies nicht mehr möglich. Eine zweite Route bot sich an, allerdings mit ungleich größeren Schwierigkeiten. Der zweite Reisepass dokumentiert diesen alternativen Weg in ein Exil, in dem zwar die Nationalsozialisten keinen Zugriff auf ihre ehemaligen Mitbürger ausüben konnten, in dem jedoch nicht wenige der Emigranten ihr Leben verloren durch Krankheiten, die von dem ungewohnten Klima und den unhygienischen Wohnbedingungen gefördert wurden, durch die Willkür der japanischen Besatzer, die im Jahre 1941, einen Tag nach dem Angriff auf Pearl Harbor, ganz Shanghai erobert hatten und unter deren Verwaltungshoheit die meisten Emigranten lebten, und schließlich durch einen amerikanischen Bombenangriff vom 17. Juli 1945, der der im Ghetto gelegenen japanischen Radio-Station geglückt hatte, aber auch Opfer unter den Emigranten und der chinesischen Bevölkerung forderte.

Reisepass 2 war am 20. Juli 1939 in Frankfurt am Main ausgestellt worden auf Maria Juliane F., geborene M., gebürtig am 19.7.1893 in Frankfurt am Main und dort auch wohnhaft. Der Name deutet an, dass Maria M. aus christlichem Umfeld stammte und mit einem Manne namens F. wahrscheinlich einen Juden geheiratet hatte. Ihre Haarfarbe war als dunkelbraun beschrieben; besondere Kennzeichen hatte auch sie keine. Offenbar im Jahre 1939 entschied sie sich auszuwandern, wahrscheinlich gemeinsam mit ihrem Mann, über den das Dokument nichts aussagt. Am 20. Juli 1939 erhielt sie einen Pässeintrag des Polizeipräsidenten von Frankfurt am Main, mit dem Vermerk „Zur Auswanderung nach Schanghai, evtl. Brasilien“. Kurz darauf stellte ihr in Marseille das dortige Konsulat der Republik China ein auf 1 Jahr Gültigkeit begrenztes Visum zur Einreise nach Shanghai über Hongkong aus. Ob Maria F. selbst nach Marseille reiste, um das Visum eintragen zu lassen, ist aus dem Pass nicht erkennbar. Am 22. August 1939 bescheinigte die Niederlassung der Deutschen Bank in Frankfurt (Main) die Aushändigung von „Sorten“ (Devisen) für 10 Reichsmark. Dies war der innerhalb eines Monats erlaubte Höchstbetrag. Warum die wahrscheinlich über den Seeweg aus dem Mittelmeer geplante Ausreise nicht sogleich erfolgte, können wir nur ahnen; am 1. September 1939 begann der Krieg.

Ein halbes Jahr später, so lässt der Reisepass erkennen, fand Maria F. einen anderen Ausweg aus der Bedrohung: Der Polizeipräsident in Frankfurt (Main) erlaubte mit Eintrag vom 14. März 1940 die Ausreise aus Deutschland mit dem Ziel China und der Route über Russland und Japan mit Frist bis zum 15. Mai 1940. Zwei Monate blieben Maria F. also, die notwendigen Formalitäten zu erledigen. Zwei Tage später erhielt sie laut Pässeintrag auf S.8 ein auf 1 Jahr befristetes japanisches Visum für eine einmalige Durchreise durch die japanisch besetzten Gebiete im Nordosten Chinas. Der handschriftliche Eintrag in japanischer Sprache wurde als „Transit-Visum Nr.



304" von dem „In Deutschland mit Sondervollmacht ausgestatteten Konsul Kurusu Saburo“ ausgestellt und mit Stempel des Kaiserreiches Japan in klassischer Siegelschrift bestätigt. Vier Tage später, am 20. März 1940, erhielt sie von der Gesandtschaft des japanischen Marionettenstaates Mandschukuo in Deutschland (Manchou Kuo Legation in Germany) ein auf 6 Monate nach Ausstellung und auf einen Aufenthalt von längstens zehn Tagen befristetes Transitvisum.

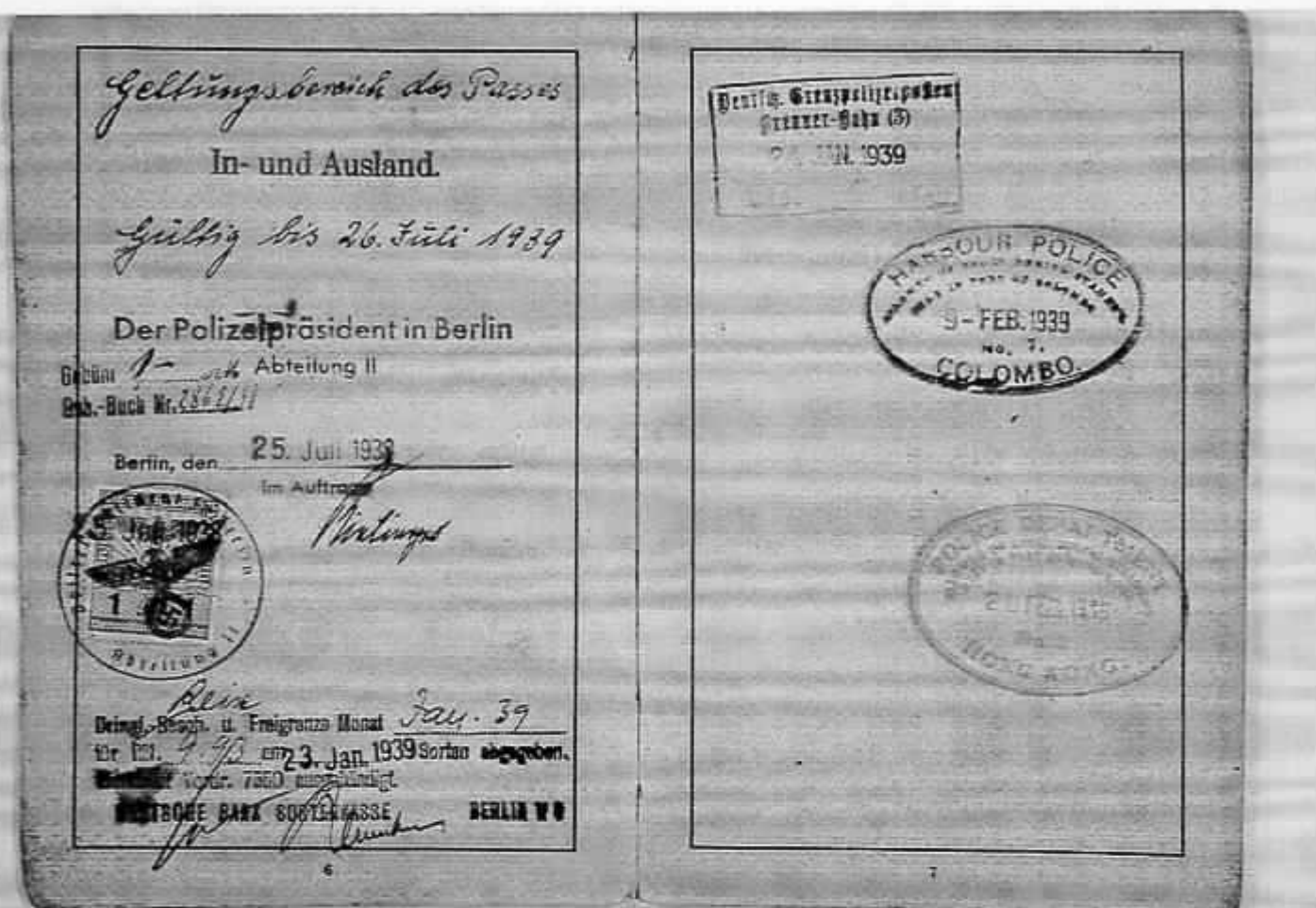
Im Juni 1940 war offenbar absehbar, dass die Geltungsdauer des Passes bis 19. Juli nicht ausreichen würde. Der Pass wurde mit Eintrag vom 14. Juni 1940 für 1 Jahr bis zum 13. Juni 1941 verlängert. Noch an demselben Tag erhielt Maria F. eine Ausreiseerlaubnis nach Russland über die amtlich zugelassene Grenzübergangsstelle Flughafen Königsberg. Am 2. August 1940 erhielt Maria F. ein Transitvisum für die UdSSR. Am 5. August 1940 wurde die Grenzstelle Flughafen Königsberg nun von dem Polizeipräsidenten in Berlin noch einmal amtlich bestätigt; an demselben Tag tauschte sie ebenfalls in Berlin erneut den Höchstbetrag an Devisen um, der innerhalb eines Monats zugestanden war, und erhielt die Bestätigung über die Abgabe von Sorten im Werte von 10 Reichsmark von der „Zahlstelle im Reisebüro der Hamburg-Amerika Linie, Berlin W 8, Unter den Linden (Hausnummer unleserlich)“ der Deutschen Bank in ihren Pass eingetragen. Am 9. August 1940 bestätigte die „Passkontrolle Flughafen“ in Königsberg die Ausreise.

Die weiteren Stationen waren Moskau (10. August 1940), Mandschukuo (Einreise 18. August 1940, Aufenthalt 20. August 1940, Harbin 24. August 1940), sowie das japanisch besetzte Territorium Guandong im Nordosten Chinas (Transit am 25. August 1940). Die Einreise nach Shanghai wurde nicht im Pass vermerkt. Auf S.1 ihres Reisepasses findet sich in vertikaler japanischer Schrift ein gestempelter, undatierter Eintrag „Ich bestätige, dass [er/sie] deutscher Herkunft ist“. Ein solcher Eintrag ist auch in den Pässen von zu jener Zeit in Shanghai lebenden nichtjüdischen Deutschen zu finden, die sich nicht als Emigranten, sondern als Kaufleute oder Ärzte bereits seit langem in Shanghai aufhielten.

Maria F. ließ sich die längst abgelaufene Gültigkeit ihres Passes am 26. März 1943 vom Deutschen Generalkonsulat in Shanghai bestätigen. Der Eintrag bezeugt die neue Gültigkeitsdauer für den von Berlin aus für Flüchtlinge vorgegebenen kurzen Zeitraum von 6 Monaten bis zum 26. September 1940. Angehörige des Deutschen Reichs, die nicht als Flüchtlinge galten, erhielten zur gleichen Zeit eine jeweils einjährige Verlängerung der Gültigkeit ihrer Pässe. Am 29. Juni 1943 klebte das Deutsche Generalkonsulat in der ersten Umschlaginnenseite des Passes von Maria F. einen chinesischen Vordruck ein, der die Inhaberin des Passes als weiblich, 51 Jahre alt und deutscher Herkunft auswies. Der Vordruck wurde durch ein rotes Siegel des Deutschen Generalkonsulats mit klassischer chinesischer Siegelschrift und deutschem Reichsadler mit umkränzttem Hakenkreuz amtlich bestätigt. Am 25. Oktober desselben Jahres wurde der Pass erneut um ein halbes Jahr bis zum 25. April 1944 verlängert.

Auf der Liste der japanischen Fremdenpolizei vom Sommer desselben Jahres ist auch Maria F., wohnhaft 818/34 Tongshan Lu, eingetragen. Ebenfalls mit Wohnung in der Tongshan Lu aufgeführt ist der „merchant“ Siegfried F., 50 Jahre alt. Die Zahlenangabe des Blocks vor dem Straßennamen ist nicht vollständig lesbar, scheint aber mit der von Maria F. identisch zu sein, so dass anzunehmen ist, dass das Ehepaar F. hier gemeinsam wohnte. Das Deutsche Generalkonsulat übte erheblichen Druck auf die nichtjüdischen Ehepartner jüdischer Emigranten aus, sich scheiden zu lassen. Die Einwilligung in eine solche Trennung war verbunden mit dem Versprechen von Hilfeleistungen des Generalkonsulats. Es enthub zudem von der Pflicht, in dem von den Japanern im Februar 1943 in dem Shanghaier Stadtteil Hongkou eingerichteten Ghetto für Staatenlose zu leben. Diesem Druck ist Maria F. nicht gefolgt. Ein letzter Eintrag in ihrem Reisepass stammt aus der Zeit nach der Kapitulation Japans vom 2. September 1945 von dem für Ausreiseformalitäten zuständigen chinesischen Polizeibüro für Ausländerangelegenheiten in Shanghai und vermerkt mit Datum 4. August 1948 die Ausreisegenehmigung innerhalb der nächsten drei Monate. Aus dem Aktenbestand NS-Verfolgte der Stadt Frankfurt/Main geht hervor, dass Maria F. auf der Rückreise nach Europa auf dem französischen Schiff Champollion im Jahre 1948 an Typhus erkrankte und vor ihrer Weiterreise nach Frankfurt in Marseille stationär behandelt wurde. Sie kehrte am 13. März 1949 nach Frankfurt zurück, ohne sich je wieder von der Krankheit zu erholen. Das genaue Todesdatum wird derzeit noch ermittelt.

Ruth S. hat Shanghai nach Kriegsende verlassen; sie lebt heute (Oktober 2001) in New York in den USA. Ihr Mann, ein Kunstmaler, der mit Max Liebermann korrespondierte, verstarb im Jahre 1976.



Seiten 6 und 7 des Reisepasses von Ruth M. mit der Bescheinigung der Deutschen Bank über die Aushändigung von Devisen (Sorten) im Werte von RM 9,93 (links unten), sowie den Durchgangsstempeln Brenner-Bahn vom 24.1.1939, Colombo 9.2.1939 und Hong Kong 20.2.1939  
Foto: Paul U. Unschuld

Unklar bleibt, welchen Weg die beiden Pässe in den Jahren nach dem Krieg bis heute nahmen und warum sie im Jahre 2001 auf einem Flohmarkt in Shanghai wieder auftauchen konnten. Einige Rückkehrer warfen ihren Reisepass weg, als sie überzeugt waren, ihn nie wieder zu benötigen. Andere bewahrten die vielen amtlichen Dokumente, die ihren Weg von Deutschland nach Shanghai und das Überleben in dieser Stadt bezeugten, sorgfältig auf. Ruth S. kann sich an den Verlust ihres Passes nicht mehr erinnern. Manche Pässe mit ganz ähnlichen Eintragungen, wie die hier vorgestellten, finden sich daher noch in Privatbesitz und anderen Sammlungen. Die Reisepässe von Ruth M. und Maria F. sind somit keine Einzelstücke. Sie seien hier dennoch in diesem Detail und nebeneinander publiziert, da eine solch anschauliche Dokumentation der beiden klassischen Fluchtwege nach Shanghai bislang noch ein unerfülltes Desiderat war. Tatsächlich spiegeln diese beiden Pässe in nahezu paradigmatischer Weise die vielen Schicksale, die sich mit dem Exil in Shanghai verbanden, wider.

Für die freundliche Mithilfe bei der Recherche nach dem Verbleib von Ruth S. und Maria F. nach dem Krieg danke ich Sonja Mühlberger, Ralph Hirsch und Steve Hochstadt, sowie dem Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main.

Paul U. Unschuld

Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

Der Senat von Berlin  
Inn Q A 15 / WissForschKult V A 2  
Telefon: 9(0)27-1049 / 9(0)228-408

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin  
über Senatskanzlei – G Sen –

**Mitteilung**

– zur Kenntnisnahme –

über Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle "Zwangsarbeit in  
Berlin"

– Drucksache Nr. 14/959 – Schlussbericht

---

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2001 Folgendes beschlossen:

1. Das Abgeordnetenhaus unterstützt die Entscheidung, die Aufgabe der Information und Dokumentation kurzfristig der Entschädigungsbehörde im Landesverwaltungsamt im Land Berlin zu übertragen.
2. Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, der eingerichteten Stelle so viel Personal zur Verfügung zu stellen, dass eingehende Anfragen und Auskunftersuchen ehemaliger Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen schnell bearbeitet werden können.
3. Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf zu prüfen, ob und wie unter historischen und finanziellen Gesichtspunkten eine Informations- und Dokumentationsstelle in Gebäuden des einzigen in Berlin erhaltenen Zwangsarbeiterlagers in Niederschöneweide in Zusammenarbeit mit einschlägig aktiven Gruppen und Organisationen eingerichtet werden kann. Dem Abgeordnetenhaus ist darüber bis zum 31.05.2001 zu berichten.\*

Hierzu wird berichtet:



Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

Zu 1.

1. Der Senat sieht die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern wie das Abgeordnetenhaus als eine zentrale Frage der Wiedergutmachung in heutiger Zeit an. Er hat daher bereits in eigener Initiative innerhalb des Geschäftsbereiches der Senatsverwaltung für Inneres dem Landesverwaltungsamt Berlin – Abt. III – Entschädigungsbehörde (LVwA) mit Wirkung vom 22. Januar 2001 auf unbestimmte Zeit die zusätzliche Aufgabe übertragen, eine **Zentrale Koordinierungsstelle für die beim Land Berlin eingehenden Auskunftersuchen** nach § 18 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (Stiftungsgesetz) einzurichten. Dieses Vorgehen ist auch der zentralen Rolle Berlins als ehemaligem Schwerpunkt des Einsatzes von Zwangsarbeitern geschuldet (s. hierzu auch Ausführungen zu Punkt 3). In den übrigen Bundesländern und beim Bund obliegt diese Aufgabe den staatlichen Archiven und den Kommunen.

Das Landesarchiv kam schon aufgrund der gegenwärtigen Umzugssituation nicht in Betracht. Das Landesarchiv ist jedoch im Zusammenhang mit Auskunftersuchen ehemaliger Zwangsarbeiter bereits tätig gewesen und hat sichergestellt, dass die dort vorhandenen Archivbestände für die Bearbeitung auch weiterhin zur Verfügung stehen.

Aufgaben der öffentlichen Information und der Dokumentation zur Problematik der Beschäftigung von Zwangsarbeitern sind jedoch nicht beim LVwA angesiedelt. Nach § 18 des Stiftungsgesetzes ist die Funktion der Behörden auf die Auskunftserteilung beschränkt.

2. Die Zentrale Koordinierungsstelle "Zwangsarbeit in Berlin" kann die Partnerorganisationen der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (*International Organization for Migration (IOM) und Conference on Jewish Material Claims Against Germany (JCC)*) sowie die nationalen Stiftungen für Polen, für die Tschechische Republik, für Weißrussland und Estland, für die Ukraine und Moldawien sowie für die Russische Föderation und die übrigen Republiken der ehemaligen UdSSR) bei der Bearbeitung von Anträgen ehemaliger Zwangsarbeiter direkt unterstützen, sofern diese sich zum Nachweis ihrer Leistungsbeziehung auf Unterlagen stützen, die in der Entschädigungsbehörde des LVwA unmittelbar geführt werden.

**Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001**

3. Darüber hinaus werden alle in Berlin eingehenden Anfragen von der Zentralen Koordinierungsstelle behandelt und ggf. von dort an weitere Quellen (z. B. Firmenarchive, Standesämter, andere Bundesländer u.ä.) weitergeleitet; es besteht enger Kontakt zur Landesversicherungsanstalt Berlin (LVA), da Zwangsarbeiter oftmals sozialversicherungspflichtig waren, sowie zu Fachleuten der Berliner Geschichtswerkstatt e.V., des Centrum Judaicum und der Berliner Heimat- und Regionalmuseen.

Die Zentrale Koordinierungsstelle leitet die Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter mit den recherchierten Unterlagen – sofern vorhanden – bzw. einer Plausibilitätsbescheinigung an die Anfragenden oder die Partnerorganisationen zurück. Die Würdigung der vorgelegten Beweismittel obliegt allein den Partnerorganisationen.

Aufgrund der besonderen Situation Berlins als ehemals kriegswichtigem Standort und durch eine hohe Fluktuation wird mit ca. 300.000 ehemals beschäftigten Zwangsarbeitern gerechnet. Die Anzahl der sich daraus ergebenden Anfragen ist jedoch nicht genau bestimmbar.

4. Die Zusammenarbeit einer bereits vorher tätigen Gruppe von sechs Mitarbeitern des LVwA und den Mitarbeitern der entsprechenden Entschädigungsbehörden anderer Bundesländer mit der JCC besteht bereits seit August 2000. Im Vorfeld der damals unmittelbar bevorstehenden Verabschiedung des Stiftungsgesetzes wurde vereinbart, dass zumindest der Personenkreis, der unmittelbar bei den Entschädigungsbehörden aktenkundig ist, schon frühzeitig über eine mögliche Leistungsberechtigung von den vorgenannten Partnerorganisationen informiert werden sollte. Diese Benachrichtigungen haben zwischenzeitlich zu einer Vielzahl von Anträgen bei den Partnerorganisationen geführt. Mitarbeiter der JCC konnten diese Anträge mit Hilfe der Mitarbeiter des LVwA, die für die Aktenauskünfte zur Verfügung stehen, bearbeiten.
5. Das LVwA hat zwischenzeitlich unter der Internetadresse [www.berlin.de/zwangsarbeiter](http://www.berlin.de/zwangsarbeiter) Informationen in mehreren Sprachen zum dort vorhandenen Quellenmaterial und zum Kreis der Anspruchsberechtigten hinterlegt.

## Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

### Zu 2.

#### 1. Personelle Ausstattung

Selbstverständlich hat der Senat dafür Sorge getragen, dass eine schnelle und kompetente Bearbeitung möglich wird. Angesichts der auch überregionalen Bedeutung und Funktion der Berliner Koordinierungsstelle ist das Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Einrichtungen unabdingbar. Großer Wert wird dabei auf die fachlichen Qualifikationen und einschlägigen Sprachkenntnisse gelegt.

Mangengerüste für eine Fallzahlemittlung zur Bemessung des Personal- und übrigen Ausstattungsbedarfs sind bundesweit nicht vorhanden. Die LVA hat den überwiegenden Teil der dort eingegangenen Anfragen selbst bearbeitet, leitet Neueingänge jedoch seit kurzem direkt der Zentralen Koordinierungsstelle zu. Bis Mitte April 2001 sind von der LVA, dem Landesarchiv, dem Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (LAROV) und der Senatskanzlei ca. 4.000 Anfragen an die Zentrale Koordinierungsstelle weitergeleitet bzw. dort direkt eingegangen und bearbeitet worden.

Die bereits vor dem 22. Januar 2001 bestehende Arbeitsgruppe aus 6 Mitarbeitern der Berliner Entschädigungsbehörde wurde kurzfristig mit 2½ Dienstkräften des LVwA und 3 Mitarbeitern (einem Archivar und zwei Bibliothekaren) aus dem Überhang der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Wege der Abordnung zur Quellenprüfung und -recherche für die Dauer eines Jahres verstärkt. Nach der zwischenzeitlich erfolgten Einarbeitung und Integration dieses Personals wurde die Option angenommen, nunmehr 2 weitere Bibliothekare im Wege der Abordnung zu beschäftigen. Eine Verlängerung der Abordnung bis zum 31.12.2003 wird derzeit in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur geprüft.

Kernaufgabe ist die Zuordnung und Abgabe von Auskunftersuchen für den Zuständigkeitsbereich anderer Bundesländer und des Bundesarchivs für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sowie die unmittelbare Recherche unter Nutzung der Standardquellen für den Berliner Bereich (z.B. Firmenarchive von Siemens und der Bundesbahn sowie dem Centrum Judaicum). Diese Arbeitsgruppe soll außerdem – auch zur Veröffentlichung im Internet – in Abstimmung mit dem Landesarchiv und der Geschichtswerkstatt e.V. eine Zusammenstellung aller zum Nachweis der Zwangsarbeit möglichen Quellen für das Land Berlin erarbeiten.



## Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

Für die Recherche bei unbestimmter Quellenlage bzw. schwieriger Einzelrecherche – hierfür wird es einen hohen Bedarf geben – soll jenes Fachwissen einbezogen werden, das sich seit einigen Jahren durch die Zwangsarbeiterforschung in Berlin herausgebildet hat. Dieses Wissen und auch entsprechende Arbeitskapazität ist bei der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. und bei Kontakte e.V. vorhanden und durch entsprechende Publikationen belegt (s. auch Ausführungen zu Punkt 3)

Für diese Zusammenarbeit wurden nichtplanmäßige Mittel in Höhe von 1 x BAT Vb und 2 x BAT Ila (eine ganze und zwei halbe Stellen) zur Verfügung gestellt und außerplanmäßige Honorarmittel in Höhe von 50.000 DM für das Jahr 2001 zum Nachweis bei Kapitel 05 85 Titel 427 01 beantragt. Für die Jahre 2002 und 2003 werden die entsprechenden haushaltsmäßigen Schritte eingeleitet.

Seit dem 09.04.2001 konnten hierdurch zusätzlich drei ausgewiesene Fachkräfte der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. ihre Tätigkeit, zunächst befristet bis zum 31.12.2001, aufnehmen.

Ergänzend ist rein vorsorglich und abhängig von der Fallzahlentwicklung ein ABM-Projekt mit jeweils BAT Ila für zwei Historiker und einmal BAT VII für eine Fremdsprachensekretärin geplant.

### 2. Entwicklung der Fallzahlen

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Geburtsjahrgänge bis ca. 1935 betroffen sind. Eine genauere Schätzung wird durch den Umstand erschwert, dass nach dem Stiftungsgesetz nicht nur Zwangsarbeiter, sondern auch Vermögensschäden sowie von den Partnerorganisationen darüber hinaus zu bestimmende Berechtigte für eine Antragstellung in Frage kommen. Daher hat auch bereits der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft gegenüber dem LVwA Bedarf zur Quellenprüfung angekündigt.

Ferner liegen vom Internationalen Suchdienst (ISD) in Bad Arolsen keine Auskünfte über die Anzahl der von den Partnerorganisationen eingereichten Sammelanfragen vor, einzig eine Zahl von 400.000 Einzelanfragen ist bekannt geworden, die dort noch nicht abgearbeitet werden konnten. Nach Einschätzung der Bundesstiftung werden Anfragen beim ISD nur eine Erfolgsquote von unter 40% haben, so dass der Rest an Negativ-Auskünften an die Bundesländer zur weiteren Bearbeitung verteilt werden wird; ein vermutlich sehr großer Teil wird Berlin betreffen.

**Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001**

Da bedauerlicherweise ein bundeseinheitlich abgestimmter und vorgegebener Arbeitsablauf von Seiten der Stiftung nicht besteht, hat sich die Zentrale Koordinierungsstelle entschieden, alle eingehenden Auskunftersuchen in einem eigens konzipierten Datenbanksystem zu erfassen, um die Fallbearbeitung bis hin zur endgültigen Auskunftserteilung mit Hilfe formalisierten Schriftverkehrs zügig voranzutreiben und jederzeit nachvollziehbar darstellen zu können. Ein gegenseitiger Datenaustausch mit anderen Einrichtungen findet gegenwärtig noch in nur sehr begrenztem Umfang und unkoordiniert statt. Es ist wünschenswert – und wird von Berlin angestrebt –, kurzfristig eine vollständige Dokumentation über Anträge sowie Negativ- und Positivauskünfte aufzubauen, auf die die Betroffenen zugreifen können. Entsprechende Abstimmungen drängen, da die Antragsfrist im August 2001 ausläuft, sofern sie nicht verlängert wird.

Zu 3.

1. Historische Gesichtspunkte

Unter historischen Gesichtspunkten erscheint die Erhaltung des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers in Berlin-Niederschöneweide (Bezirk Treptow-Köpenick), Britzer Straße 3, als höchst wünschenswert (vgl. Lageplan Anhang I). Der historische Ort des einzigen erhaltenen Zwangsarbeiterlagers in der ehemaligen Reichshauptstadt bietet die Chance, anschaulich an diesen Unrechtskomplex der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu erinnern, der 55 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs durch die Entschädigungsfrage in den Mittelpunkt nationaler und internationaler Aufmerksamkeit gerückt ist. Über Jahrzehnte war von ihm kaum die Rede, obwohl es dasjenige Massenverbrechen war, das dem Normalbürger seinerzeit am unübersehbarsten vor Augen stand.

In Berlin mussten im Verlauf des 2. Weltkriegs ca. 300.000 Menschen Zwangsarbeit leisten. Sie arbeiteten auf dem Bau, bei der Eisenbahn, in privaten Haushalten, bei der Trümmerbeseitigung, im Handwerk, vor allem aber in der Industrie. Berlin war der wichtigste Rüstungsstandort des ehemaligen Reiches. Der gesamte Lagerkomplex steht in engem räumlich-funktionalem Zusammenhang mit dem Industriestandort Ober- und Niederschöneweide / Johannisthal und den dortigen Verkehrsanlagen. Es macht den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Zwangsarbeit augenfällig.

**Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001**

Vorreiter beim Einsatz von "Fremdarbeitern" war die Behörde des "Generalbauinspektors für die Neugestaltung der Reichshauptstadt" unter Albert Speer. Seit Kriegsbeginn wurden darüber hinaus insgesamt 21.000 jüdische Berliner zur Arbeit gezwungen, ehe sie im Rahmen der "Fabrikaktion" Anfang 1943 in die Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt wurden.

Die Zwangsarbeiter waren über das ganze Stadtgebiet verteilt in wahrscheinlich über 1.000 Lagern untergebracht. Viele davon waren umgebaute Ausflugslokale oder Kinos, überwiegend wurden jedoch hölzerne oder – selten – gemauerte Baracken errichtet.

Das von der Behörde des Generalbauinspektors errichtete Zwangsarbeiterlager in Niederschöneweide, das mit seinen gemauerten Baracken im Gegensatz zu den Holzbarackentagern überdauert hat, lag, wie viele andere, unmittelbar vor den Fenstern der Berliner Bevölkerung. Anders als der Holocaust ist die "Sklavenarbeit" als Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Erinnerung der deutschen Bevölkerung wenig präsent. Nur wenige Gedenktafeln erinnern an die einst über 1.000 Lager Berlins.

## 2. Initiativgruppen

Seit der Wiedervereinigung Berlins hat sich bürgerschaftliches Engagement dieser blinden Flecken im Geschichtsbewusstsein angenommen. Insbesondere die Berliner Geschichtswerkstatt hat mit dem Projekt "Zwangsarbeit in Berlin" seit 1995 u. a. Kontakt mit Betroffenenverbänden in Tschechien, Weißrussland, der Ukraine und Polen aufgenommen. Mit einem in der jeweiligen Landessprache verfassten Aufruf wurde nach den Erlebnissen der ehemaligen Zwangsarbeiter gefragt. Derzeit umfasst die Sammlung der Berliner Geschichtswerkstatt fast 500 Briefe von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Mittel- und Osteuropa. Die Geschichtswerkstatt hat z. B. mit dem von ihr herausgegebenen Werk "Erzählte Geschichte. Zwangsarbeit in Berlin 1940-1945" die Zwangsarbeit in Berlin mit zahlreichen Erlebnisberichten dokumentiert. Sie hat auch Besuchsprogramme mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern organisiert und dokumentiert (Berliner Geschichtswerkstatt, Hg., Rückkehr nach Berlin; Berlin 2000; zweisprachig deutsch und polnisch). Im Übrigen hat die Geschichtswerkstatt seit Jahren in vorbildlicher ehrenamtlicher Arbeit und ABM-Projekten ein professionelles Dokumenten- und Fotoarchiv zum Thema Zwangsarbeit aufgebaut.



**Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001**

Seit langem setzt sich die Berliner Geschichtswerkstatt in Zusammenarbeit mit der "Antifa-Treptow - Bund der Antifaschisten" sowie der Sanierungsbeauftragten des Landes Berlin für das Sanierungsgebiet Niederschöneweide-Schnellerstraße, der Planergemeinschaft Dubach und Kohlbrenner, für eine "Gedenk-, Dokumentations- und Informationsstätte zur Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland" im ehemaligen Lager Niederschöneweide ein. Die Geschichtswerkstatt und die Antifa-Treptow haben in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro John Koestler und dem Projektmanagement Gerd Weber sowie in enger Abstimmung mit der Sanierungsbeauftragten des Landes Berlin für dieses Gebiet ein Konzeptionspapier vorgelegt. Sie stellen sich damit in eine demokratische Tradition des bürgerschaftlichen Engagements, das in vielen Fällen im vergangenen halben Jahrhundert zur Forderung und schließlich zur Verwirklichung von Gedenk- und Dokumentationsstätten an historischen Orten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geführt hat. Die Berliner Geschichtswerkstatt hat mit ihrer Forschungsarbeit auf diesem und anderen Gebieten professionelle Anerkennung gefunden, was sich auch darin zeigt, dass die im Berliner Landesverwaltungsamt angesiedelte Zentrale Koordinierungsstelle für die beim Land Berlin eingehenden Auskunftsersuchen zur Zwangsarbeiterentschädigung eng mit ihr zusammenarbeitet. Die Antifa Treptow hat mit eigenen ABM-Projekten erhebliche Erkenntnisse zur Zwangsarbeit in dieser Region erarbeitet und die Ergebnisse dem Heimatmuseum Köpenick übergeben.

Das Konzeptionspapier stellt einen Ansatz dar, eine für den Ort adäquate politisch-historisch bestimmte Nachnutzung zu formulieren sowie eine städtebaulich-funktionale, auch auf die Belange des Denkmalschutzes eingehende Lösung zu entwickeln, die auch dem gesetzlichen Auftrag der Stadterneuerung zum Abbau von Mißständen und Funktionsdefiziten entsprechen könnte.

### 3. Bauliche Gegebenheiten

Das 3,3 ha große Gelände zwischen Britzer, Köllnischer und Rudower Straße, auf dem sich die 12 Baracken des ehemaligen Lagers befinden, ist heute Bestandteil des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes Niederschöneweide-Schnellerstraße. Die erhaltenen Baracken haben eine Länge von 40-50 m und einen Mittelgang, von dem aus die Räume abgehen. Noch heute ist trotz vielfältiger Nutzungen und verschiedener baulicher Änderungen in den letzten Jahrzehnten der Gesamtcharakter der Anlage deutlich erkennbar.

## Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

Dem Originalzustand am nächsten und baulich befriedigend erhalten sind die sechs Baracken, die dem Eingang Britzer Straße 3 am nächsten gelegen sind. Die anderen Baracken sind zum Teil baulich verändert und werden von einer Autowerkstatt und anderen Firmen genutzt. Das Konzept der Bürgerinitiativen richtet sich auch auf die Nutzung dieser sechs Baracken. Im Übrigen ist das ganze Ensemble unter Denkmalschutz gestellt, so dass der bauliche Charakter des gesamten Lagers trotz der Veränderungen erkennbar bleibt.

Die sechs Baracken wurden nach dem Kriege von einem medizinischen Institut genutzt und nach der Wende vom Robert-Koch-Institut, einer nachgeordneten Einrichtung des Bundesgesundheitsministeriums. Die Teilfläche der sechs Baracken befindet sich mithin im Vermögen der Bundesrepublik und wird vom Bundesvermögensamt verwaltet. Seit dem Auszug des Robert-Koch-Instituts vor einigen Jahren stehen die Baracken leer, werden jedoch beheizt und weisen überwiegend noch keine sichtbaren Zeichen des Verfalls auf.

Das im Rahmen des 10. Rechtsverordnung zur förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet vom 18.11.1994 beschlossene Ziel der Errichtung einer Grundschule wird aus demographischen Gründen nicht weiter verfolgt. Hieraus ergibt sich planerischer Handlungsbedarf zur Entwicklung neuer Sanierungsziele für den Standort, d.h. eine verträgliche Nach- und Neunutzung.

#### 4. Konzeptvorschlag der Initiativgruppen

Das Konzeptpapier der Initiativgruppe sieht eine zentrale Gedenk-, Dokumentations- und Informationsstätte in zwei der sechs Baracken vor. Ausgangspunkt zum Zeitpunkt der Konzeptformulierung war die Annahme, dass eine komplette Nutzung des ehemaligen Robert-Koch-Instituts ausschließlich als Gedenk- und Informationsstätte weder möglich noch notwendig sei. Es wurden damals – orientiert an den seinerzeitigen Eigentumsverhältnissen – ergänzende Nutzungen vorgeschlagen, um eine Gesamtlösung für den Standort zu formulieren. Die eigentliche Gedenk- und Informationsstätte soll folgende Elemente enthalten:

Gedenken:

Gruppen ehemaliger Zwangsarbeiter haben hier schon Kränze niedergelegt, sich an den schweren Lebensabschnitt erinnert und ihrer zu Tode gekommenen Leidensgenossen ge-

**Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001**

dacht. Hier könnten sich auch nachfolgende Generationen an diesen Teil der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnern. Eine Gedenktafel oder Gedenkstele wird angestrebt.

**Bewahren:**

Die Gebäude des ehemaligen Lagers sind als Ensemble unter Denkmalschutz gestellt, um sowohl die Gebäude als auch den Lagergrundriss mit dem Wohnumfeld zu erhalten. Die auf diesem historischen Gebiet tätigen Bürgerinitiativen und -institutionen haben Dokumente und persönliche Unterlagen zusammengetragen, die es zu bewahren gilt. Ein Oral-History-Archiv wird vorgeschlagen.

**Erschließen:**

Darunter versteht das Konzeptpapier den Ausbau der Kontakte zu Organisationen von Betroffenen und Erteilung von Auskünften aufgrund des vorhandenen Materials, die archivarisches Aufbereitung von Dokumenten, Fotos, Korrespondenz mit Zeitzeugen; den Aufbau einer Bibliothek zur Nutzung von Interessenten, z.B. Historikern und Heimatforschern; außerdem Arbeitsmöglichkeiten für Forscher und Bearbeitung von Veröffentlichungen.

**Informieren:**

Es wird vorgeschlagen, die Räumlichkeiten zu nutzen für Unterrichtszwecke und Projektarbeiten, für Ausstellungen, Vorträge und Seminare.

**Weitere Nutzungen:**

Vorgeschlagen wird die Ergänzung der Gedenk-, Dokumentations- und Informationsstelle durch Errichtung einer internationalen Jugendbegegnungsstätte sowie Schaffung einer gesunden Einrichtung oder einer Seniorenwohnanlage auf der übrigen Fläche.

## Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

Konkret werden zwei der ehemaligen Baracken des Robert-Koch-Instituts als Gedenk- und Informationsstätte sowie als Arbeits- und Archivräume für wissenschaftliche Arbeiten vorgeschlagen, zwei weitere als internationale Jugendbegegnungsstätte, zwei weitere für Therapieeinrichtungen. Das an der Grimaustraße gelegene mehrstöckige Gebäude (im Lageplan Anhang II, der die Planung der Initiativgruppen zeigt, mit „III“ bezeichnet) – es gehört nicht zum historischen Lagerensemble, sondern stammt aus der DDR-Zeit – wird als Seniorenwohnheim oder Tagesklinik vorgeschlagen.

### 5. Bewertung, organisatorische und finanzielle Möglichkeiten

Die Initiative, das einzig erhaltene Zwangsarbeiterlager in der ehemaligen Reichshauptstadt als historischen Ort, als Anschauungsobjekt und Informationsstätte zu erhalten, ist sehr zu begrüßen. Problematisch aber ist die vorgeschlagene Dimension nicht nur wegen der Finanzierung.

#### 5.1 Bewertung

Der Vorschlag des Konzeptpapiers richtet sich auf eine Gedenk- und Bildungsstätte, Forschungseinrichtung mit Bibliothek und Archiv sowie Jugendbegegnungsstätte. Das ist mehr als in den Erinnerungsstätten an prominenten historischen Orten in Berlin sonst zusammengefasst ist. Weder die Topographie des Terrors noch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand noch das Haus der Wannsee-Konferenz sind schwerpunktmäßig Forschungseinrichtungen oder haben Jugendbegegnungsstätten. Das Haus der Wannsee-Konferenz, das für viele jugendliche Teilnehmer auch mehrtägige Veranstaltungen durchführt, benötigt keine Jugendbegegnungsstätte, da es im Umkreis und in der Innenstadt genügend Unterbringungsmöglichkeiten gibt. Insbesondere die innenstädtischen Angebote (z.B. Jugendgästehäuser) werden von den Jugendlichen auch deshalb vorgezogen, weil sie in der Nähe von großstädtischen Freizeitangeboten liegen.

Die sehr aufwendige Errichtung eines gesonderten Forschungsinstituts ist nicht zu empfehlen. Zukunftsweisend ist dagegen das vernetzte dezentrale Ausstellungs- und Forschungskonzept "Zwangsarbeit in Berliner Bezirken während der NS-Zeit", das mehrere Heimat- und Bezirksmuseen vorgelegt haben (Hohenschönhausen, Köpenick, Marzahn, Prenzlauer Berg, Spandau, Steglitz, Weißensee). In dem Projektantrag heißt es: „Die unterschiedlichen Ausstellungsorte helfen, die räumliche Dimension des Fremd- und Zwangsarbeitereinsatzes



erfahrbar zu machen ... Die Anbindung an die Regionalmuseen ermöglicht den besonderen, direkten Zugang, die Erfahrung ‚vor Ort‘. Die Wertschätzung dieses Projekts zeigt sich darin, dass der Hauptstadtkulturfonds es mit 148.000 DM fördert. Die Regionalmuseen sind besonders qualifiziert, die weithin sehr fragmentierte Überlieferung der Zwangsarbeit in den jeweiligen Stadtteilen zu erschließen und zusammenzuführen. Es wäre freilich höchst wünschenswert, wenn die Ergebnisse dieser Recherchen an dem beispielhaften historischen Ort des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Niederschöneweide auf Dauer zugänglich gehalten werden könnten. Hier könnte auch die Sammlung der Geschichtswerkstatt aufbewahrt und zugänglich gehalten werden, wenn diese sich nach jahrelanger Arbeit am Thema anderen Projekten zuwendet. Wichtig wäre nicht zuletzt ein elektronisches Nachweissystem für die einschlägigen Bestände regionaler Archive; diese werden größtenteils erst gegenwärtig unter dem Eindruck des politischen Themas Zwangsarbeiterentschädigung unter diesem Stichwort gesichtet.

Während die Topographie des Terrors, das Haus der Wannsee-Konferenz und die Gedankstätte Deutscher Widerstand prominente und unverwechselbare historische Orte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bzw. des Widerstandes sind, verdankt das Lager Niederschöneweide seine Besonderheit im Wesentlichen der Tatsache, dass es unter über 1.000 Unterbringungsorten für Zwangsarbeiter in der Reichshauptstadt als einziger überdauert hat. Das liegt nicht zuletzt an dem vergleichsweise hohen baulichen Standard des erst gegen Kriegsende fertiggestellten Lagers, das einen günstigeren Eindruck hervorruft als es der elenden Realität der Barackenlager und Behelfsunterkünfte entspricht. Dieser Umstand erlaubt aber heute zugleich die dauerhafte Nutzung zu Informationszwecken. Der historische Ort erlangt seine Qualität durch die räumliche Einbindung in die Wohn- und Industrielandschaft Schöneweide und veranschaulicht so den engen Zusammenhang von Kriegs- und Zwangswirtschaft im Alltagsleben unter nationalsozialistischer Herrschaft.

## 5.2 Organisatorische Möglichkeiten

Eine solche Informationsstelle hat aber nur Aussicht auf Verwirklichung, wenn sie realistisch - und das heißt unter gegenwärtigen und absehbaren Haushaltsbedingungen: bescheiden - dimensioniert ist. Eine größere Einrichtung nach der Vorstellung der Initiativgruppen wäre - auch ohne Jugendbegegnungsstätte - nur als institutioneller Zuwendungsempfänger denkbar. Grob geschätzt wären Investitionskosten in Höhe von ca. 5 Millionen DM und jährliche Zuwendungen von 1 bis 2 Millionen DM erforderlich. Schon die gegenwärtigen Gedenk- und

Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle  
„Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

Bildungsstätten Berlins mit ihren gedeckelten Haushalten bei ständig steigenden Personalkosten stehen – zumal bei Haushaltssperren, die auch zukünftig unvermeidlich sein werden – am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Die Bundesregierung (Beauftragter des Bundes für Angelegenheiten der Kultur und der Medien) hat klargestellt, dass keine neuen institutionellen Zuwendungen, sondern nur noch Projektförderungen gewährt werden (diese aber sind von einer häufigen Komplementärfinanzierung durch das Land abhängig).

Realistisch und wünschenswert erschiene es, den Denkmalschutz für das Gesamtgelände beizubehalten und eine der sechs ehemals vom Robert-Koch-Institut genutzten Baracken als „Dokumentationsstätte Zwangsarbeit“ mit einer kleinen Ausstellung sowie einem EDV-gestützten Archiv mit Dokumenten und Zeitzeugenaussagen auszubauen.

Die Bundesregierung könnte – im Rahmen ihrer Mitverantwortung für das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, zu denen auch die Zwangsarbeiter gehören – diese Baracke als Grundstückseigentümerin mietfrei zur Verfügung stellen und müsste – wie bisher – wegen des dauerhaften Denkmalschutzes für das Gesamtensemble oder wesentliche Teile eine eingeschränkte wirtschaftliche Verwertung der anderen Baracken in Kauf nehmen.

Da nicht alle Baracken des ehemaligen Lagers für eine Dokumentationsstätte genutzt werden sollen und können, bedarf es eines städtebaulichen architektonisch-funktionalen Gesamtkonzepts, um gegenseitige Beeinträchtigungen zu vermeiden. Hierdurch ließen sich weiterführende Impulse für die Stadtentwicklung und den Denkmalschutz finden. Zugleich eröffnet sich die Möglichkeit, die bauliche Entwicklung des Lagergeländes durch Stadtanierungsmittel zu fördern.

Aus den genannten Gründen sollte es vermieden werden, einen neuen Träger mit völlig neu aufzubauender Infrastruktur zu schaffen. Eine bescheiden dimensionierte Dokumentationsstätte könnte als Außenstelle an eine bestehende Einrichtung angebunden werden, wenn die Finanzierung außerhalb des bisherigen Haushalts gesichert wäre. Bei einer Zusammenarbeit mit den bisher schon auf diesem Gebiet außerordentlich aktiven Bürgerinitiativen wie vor allem der Berliner Geschichtswerkstatt und den vernetzten Regionalmuseen, die Informationen aufgearbeitet zur Verfügung stellen könnten, müsste eine Personalausstattung von etwa zwei Stellen entsprechend BAT II a und V c ausreichen. Dieser personelle Grundstock wäre handlungsfähig freilich nur in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen auf der Grundlage von

## Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

ehrenamtlicher, ABM- und honorierter Projektarbeit. Der Berichtsauftrag des Abgeordnetenhauses bezieht sich ja ausdrücklich auf diese „Zusammenarbeit mit einschlägig aktiven Gruppen und Organisationen“. Deren bürgerschaftliches Engagement, das schon den Anstoß und einen beachtlichen Grundstock geliefert hat, könnte mit Werkvertragsmitteln unterstützt werden.

Fachlich sinnvoll könnte es sein, die Dokumentationsstätte als Außenstelle der Stiftung Topographie des Terrors zu anzugliedern. Diese ist für die Dokumentation der Täterseite des Nationalsozialismus, also aller Unrechtstatbestände einschließlich der Sklavenarbeit zuständig und qualifiziert. Jedoch folgt die Stiftung grundsätzlich einem konzentrierten zentralen Ausstellungskonzept am historischen Ort der ehemaligen Polizei- und SS-Zentrale und unterhält keine Außenstellen.

Aus Gründen der räumlichen Nähe würde sich eine institutionelle Anbindung an das Heimatmuseum Treptow anbieten. Derzeit sieht sich der Bezirk Treptow-Köpenick freilich außerstande, die Zusatzaufgabe zu übernehmen. Möglicherweise kann darüber erneut nachgedacht werden, wenn eine Finanzierung gesichert ist, die nicht zu Lasten des bisherigen Haushaltes und der bisherigen Aufgaben geht. Dafür spricht auch, dass inzwischen das Heimatmuseum Köpenick die Forschungsergebnisse der „Antifa Treptow“ zur Zwangsarbeit in der Region übernommen hat und zugänglich halten will.

### 5.3 Finanzielle Möglichkeiten

Eine Finanzierung aus den Etats der Gedenkstätten bzw. des Heimatmuseums Treptow kommt nicht in Betracht.

Geradezu maßgeschneidert für dieses Projekt scheint aber das „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (BGBl. I 2000 S. 1263) zu sein. In dessen § 2 Abs. 2 wird als Stiftungszweck die Errichtung eines „Fonds Erinnerung und Zukunft“ genannt. Dessen „dauerhafte Aufgabe“ ist die Förderung von Projekten, die u.a. der „Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft“ dienen. Hierzu könnte sicher auch eine Dokumentationsstelle des NS-Systems der Zwangsarbeit rechnen, zu dessen Aufarbeitung die Bundesstiftung ja gegründet wurde.

## Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001

An dieser Stelle wird sich erneut das Problem der institutionellen Zuwendungen ergeben, zumal in § 2 Abs. 2 nur von „Projekten“ die Rede ist. Da die Erinnerung an die Zwangsarbeit in dieser Vorschrift aber als „dauerhafte Aufgabe“ ausgewiesen ist, könnte die Stiftung um Prüfung gebeten werden, ob ausnahmsweise auch die dauerhafte Förderung einer Dokumentationsstelle am historischen Ort als Aufgabe in Betracht kommt, zumal wenn kein neuer institutioneller Zuwendungsempfänger geschaffen werden muss. Diese im Aufbau befindliche Stiftung wird jedoch frühestens im Herbst 2001 in der Lage sein, Projektanträge zu prüfen.

### 6. Fazit

Sowohl die Konzeption als auch die konkreten Vorarbeiten der Bürgerinitiativen sind geeignet, gemeinsam mit den für 2001 / 2002 geplanten Aktivitäten des Verbundes der Berliner Heimatmuseen zu Fremd- und Zwangsarbeit, eine wünschenswerte Entwicklung in Gang zu setzen, die zu einer Dokumentationsstätte über Zwangsarbeit im ehemaligen Zwangsarbeiterlager Niederschöneweide führen sollte. In der gegenwärtigen und absehbaren gespannten Haushaltslage, die nicht zuletzt den Handlungsspielraum der bestehenden Gedenkstätten zunehmend einengt, erscheint der Zukunftsfonds der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ als sachnächste finanzielle Grundlage für weitere Planungen.

#### Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen:

Keine.

#### Gesamtkosten:

Die Gesamtkosten der Organisations- und sonstigen Maßnahmen sind aufgrund der unabschätzbaren Antragszahlen bisher nicht hinreichend bestimmbar.

#### Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg:

Keine.

#### Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Einnahmen: Keine.



**Senatsmitteilung über die Einrichtung einer zentralen Informations- und Dokumentationsstelle „Zwangsarbeit in Berlin“, 3.7.2001**

**Ausgaben:** In den Haushaltsjahren 2001, 2002 und 2003 jeweils 50.000 DM Honorarmittel in Kapitel 05 85, Titel 427 01.

Für das Haushaltsjahr 2001 entstehen Personalausgaben im Umfang von 367.480 DM, die im Rahmen der Haushaltswirtschaft bereitgestellt werden. Im Haushaltsjahr 2002 und voraussichtlich auch im Haushaltsjahr 2003 werden Personalausgaben in Höhe von 190.940 Euro (rd. 372.600 DM) benötigt.

**b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:**

Für die Haushaltsjahre 2001, 2002 und 2003 sind bzw. werden 1 Beschäftigungsposition BAT Vb und 2 Beschäftigungspositionen BAT IIa sowie Honorarmittel in Höhe von 50.000 DM zusätzlich bereitgestellt. Für das Haushaltsjahr 2001 wird die Beschäftigung des zusätzlichen Personals über freie Stellen im Landesverwaltungsamt abgesichert. Für die kommenden Jahre sind die zusätzlichen Beschäftigungspositionen und Honorarmittel im Haushaltsplanentwurf 2002 berücksichtigt.

Von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur werden fünf Dienstkräfte aus dem Personalüberhang (1 x BAT III und 4 x BAT IVb) bis zum 31.12.2003 ohne Kostenerstattung an die Senatsverwaltung für Inneres abgeordnet. Die Personalkosten der eingesetzten Überhangkräfte werden am Jahresende abgefördert.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 3. Juli 2001

Der Senat von Berlin

Klaus Wowereit  
Reg. Bürgermeister

Dr. Körtting  
Senator für Inneres

## Ein Hafenarbeiter als KPD-Held

### Neue Biographie erschienen: «Ernst Thälmann - Mensch und Mythos»

Von Jola Merten

**Tiergarten** Heute kündigt nur noch Lew Korbels monströses Denkmal an der Greifswalder Straße von ihm. Zu DDR-Zeiten war er allerorten präsent, wurde zum heroischen makellosen Kommunisten, zum unangreifbaren Märtyrer stilisiert Ernst Thälmann. Doch wie war der Mensch Thälmann (1886-1944) wirklich? Aus was für einem Elternhaus stammte er? Wieso tauchte der KPD-Vorsitzende, nach dem Reichstagsbrand 1933 nicht unter? Wieso scheiterte die internationale Kampagne, ihn aus der Nazihaft zu befreien? Spannende Fragen, die die Autoren des Aufsatzbandes «Ernst Thälmann - Mensch und Mythos» vergangene Woche in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Tiergarten umkreisten.

«Teddy» hatten die Arbeiter liebevoll den charismatischen KPD- und Rot-Front-Kämpferbund-Vorsitzenden, der sie mitriss, genannt. Der grobschlächtige ungelesene Hamburger Hafenarbeiter war einer der ihren. «Die zusammengezimmerter Thälmann-Legende bildete das Herzstück der Legitimation der SED. Sie hatte nur wenig mit der historischen Figur, deren widerspruchsvollen Geschichte zu tun», sagte Historikerin Annette Leo. So mythisierte bereits 1948 Willi Bredel in der ersten Thälmann-Biographie dessen Herkunft. Er behauptete, Thälmanns Vater, der einen Laden mit Kneipe betrieb, sei ein gewissenhafter Sozialdemokrat gewesen. Wider besseres Wissen. Denn Ernst Thälmann notierte 1935 in der Haft, seine Erziehung sei alles andere als eine sozialistische gewesen, der Vater habe «allen möglichen bürgerlichen und militärischen Vereinen angehört». Bredel münzte sogar die Verurteilung der Eltern Jan und Maria 1892 zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Hehlerei in eine politische um. Dazu musste er sie auf 1888, zur Zeit des Sozialistengesetzes, vorverlegen. Der Vater sei damals «wegen einer verbotenen Versammlung in seinem Parteilokal Opfer der Polizeiwilkkür» geworden.

«Wie tief die Prägung seiner kleinbürgerlichen Erziehung saß, verdeutlichen Thälmanns Briefe an seine Frau Rosa aus dem Gefängnis», sagt Publizistin Regina Scheer. Er, der von seinem despotischen Vater oft verprügelt worden war, fordert da von seiner Tochter unbedingten Gehorsam, sieht in der Frau nur die sich dem Manne unterordnende Gefährtin. Rosa Luxemburg und Clara Zetkin wären entsetzt gewesen, wenn sie seine Zeilen: «Was in dem Geist des Mannes schöpferisch und in der Brust der Frau als Gütiges und Herz empfunden dämmert, das muss sich mischen», je gelesen hätten.

Verschwiegen wurde zu DDR-Zeiten, dass Thälmann nur an die Spitze der KPD gelangte, weil deren intellektuellen bürgerlichen Führer 1925 ausgebootet worden waren. Verschwiegen wurde auch seine verhängnisvolle Rolle als Vollstrecker Stalinscher Politik. Sein Kampf nach 1929 gegen die Sozialdemokraten, die «Sozialfaschisten», schwächte den gegen die Nazis.

Ulbricht ließ sogar seine «Briefe an einen unbekanntem Kerkergegnossen», einen jugendlichen Raubmörder, den Thälmann für einen Kampfgefährten hielt, fälschen. «Diese Briefe verraten spießige Wertvorstellungen, latenten Antisemitismus und maßlose Selbstüberschätzung. Sie offenbaren aber auch, wie ein verzweifelter Mensch mit der Einsamkeit einer elfjährigen Einzelhaft versucht, fertig zu werden und der Erkenntnis, dass weder die KPD-Führung noch Stalin ihn durch Austausch oder auf andere Weise versuchte, freizubekommen», so Annette Leo.

Egon Grübel dagegen betont in seinem Aufsatz, wie sich der starre, rücksichtslose Klassenkämpfer im Laufe der Haft zu einem nachdenklichen, verständnisvollen Menschen wandelt, der sich zunehmend als «Glaubensmartyrer» sieht. Kein Wunder, dass die SED die Briefe im Parteilarchiv unter Verschluss hielt und nur gekürzte und veränderte Fassungen publizierte. Ronald Sassning, ein Historiker aus dem Publikum, hob hervor, dass die Verhaftung Thälmanns am 3. März 1933, vier Tage nach dem Reichstagsbrand, nur möglich gewesen sei, weil die KPD-Spitze die einfachsten Faustregeln der Konspiration leichtfertig missachtete. Thälmann hielt sich an jenem Tag noch immer in seinem seit Jahren bekannten Quartier an der Lützower Straße 9 auf. Die folgenden internationalen Befreiungskampagnen, wie auch den detaillierten Ausbruchs-

plan aus dem Moabiter Gefängnis von deutschen Genossen 1935, blockierte vor allem Stalin. Dimitroff hat in seinen Tagebüchern ein Gespräch mit Stalin 1941 festgehalten, wo dieser den ihm so ergebenden Thälmann des Abfalls vom Marxismus bezichtigte. «Es gehörte zu Stalins Maximen, sich der Kronzeugen seines politischen Versagens zu entledigen» so Sassning. Merkwürdig auch, dass die SED jahrzehntelang darum rang, ihrem Idol ein nationales Denkmal zu setzen. Dies geschah erst zu dessen 100. Geburtstag 1986, mit dem monumentalen Thälmann-Kopf von Kerbel. Eine umfassende kritische Thälmann-Biographie muss erst noch geschrieben werden. «Ernst Thälmann - Mensch und Mythos» ist im Rodopi Verlag Amsterdam - Atlanta erschienen und über den Verein Aktives Museum Berlin zu beziehen (DM 35,-).

Berliner Morgenpost 3.7.2001

### „Stille Hilfe“ – öffentliche Reaktionen

Oliver Schröm, Andrea Röpke – *Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis.* Ch. Links Verlag, Berlin 2001. 213 Seiten. DM 29.80,-.

Anton Malloth, Josef Schwammberger, Herbert Kappler, Erich Priebke: allesamt NS-Kriegsverbrecher, allesamt betreut und unterstützt durch den lange Zeit als gemeinnützig anerkannten Verein *Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.* Vor fast 50 Jahren hatten sich mehrere ehemalige hochrangige SS-Offiziere und Würdenträger der evangelischen und katholischen Kirche zusammengeschlossen, um gemäß der Vereinssatzung „in stiller tätiger Hilfe allen denjenigen zu helfen, die infolge der Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit durch Gefangennahme, Internierung oder ähnliche von ihnen persönlich nicht zu vertretende Umstände ihre Freiheit verloren“. Am 15. November 1951 erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister von Wolfratshausen. Im Vorstand der *Stillen Hilfe* saßen damals der württembergische Altbischof Theophil Wurm; der Münchner Weihbischof Johannes Neuhäusler; der ehemalige SS-Standartenführer Wilhelm Spengler und der Ex-Obersturmbannführer Heinrich Malz, vormals persönlicher Referent von SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, ab 1943 Vollstrecker bei der *Endlösung der Judenfrage*. Vorsitzende des Vereins war die erzkatholische Prinzessin Helene-Elisabeth von Isenburg. Von der einstigen NSDAP-Ortsgruppe als „politisch zuverlässig“ eingestuft, engagierte sie sich für die Belange verurteilter NS-Verbrecher und gewann hierfür sogar die Unterstützung Papst Pius XII. Gegen die Gräueltaten der Nazis hatte der Papst einst nichts unternommen, zum Holocaust hatte er geschwiegen.

Die *Stille Hilfe* sieht sich in der Tradition der SS. Sie arbeitet nach dem Motto von Himmlers Schutzstaffel „Unsere Ehre heißt Treue“ und versuchte über Jahre mit Hilfe der katholischen Kirche die Arbeit mehrerer Hilfsorganisationen zu koordinieren, um gesuchte SS-Schergen über die sogenannte „Klosterroute“ (interner Jargon) ins Ausland, vor allem nach Lateinamerika, zu bringen. Nach wie vor wird Geld für die braune Bewegung zusammengetragen und es wird systematisch braune Nachwuchsarbeit betrieben - unbehelligt von der Öffentlichkeit, der Politik und von den Verfassungsschutzbehörden. Tragende Säule des Vereins ist seit Jahrzehnten Gudrun Burwitz, die Tochter des früheren Reichsführers SS, Heinrich Himmler.

Seit über 10 Jahren arbeiten die Journalisten und Buchautoren Andrea Röpke und Oliver Schröm zum Thema Struktur der Alt- und Neonazi-Szene und speziell zur *Stillen Hilfe*: sie forschten in Archiven, sprachen mit staatlichen Behörden, verdeckten Ermittlern der Kriminalämtern und V-Leuten des Verfassungsschutzes. Sie nahmen als Undercoverjournalisten an heimlichen Treffen und Vereinssitzungen teil und landeten auf dem Verteiler des Vereinsrundschriftens. Herausgekommen ist ein unbedingt lesenswertes, spannendes, interessantes, Vergangenes und Gegenwart verknüpfendes, und eben dadurch auch ernüchterndes Buch.



Im Mittelpunkt steht Anton Malloth, ein in der ehemaligen CSSR 1948 wegen Mordes rechtskräftig verurteilter Kriegsverbrecher. Malloth war von 1940-1945 SS-Aufseher im Gestapo-Gefängnis *Kleine Festung* in Theresienstadt und soll u.a. den Großvater des Kölner Schriftstellers Peter Finkelgruen erschlagen haben. Über 10 Jahre kämpft Finkelgruen mit (oder gegen?) unwilligen Strafbehörden verzweifelt darum, dass der Mörder seines Großvaters vor ein Gericht gestellt wird. Erst im Mai 2001 wird Anton Malloth nach jahrzehntelangen Ermittlungen vom Landgericht München der Prozess gemacht und zu lebenslanger Haft verurteilt. Jahrelang sah zuvor der Leiter der Zentralstelle für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Nordrhein-Westfalen, der Dortmunder Oberstaatsanwalt Klaus Schacht, keinen Grund gegen Anton Malloth Anklage wegen Mordes oder zumindest Beihilfe zum Mord zu erheben: 68 Zeugen wurden von Schacht durchweg als unglaubwürdig dargestellt.

Anfragen des SPD-Abgeordneten Siegfried Vergin an die CDU/CSU/FDP geführte Bundesregierung zur *Stillen Hilfe* und ihrer Gemeinnützigkeit, beantwortete der parlamentarische Staatssekretär des CSU geführten Finanzministeriums, Jürgen Echemach, mit den Worten „Eine Organisation *Stille Hilfe* mit der von Ihnen beschriebenen Zielsetzung ist der Bundesregierung gegenwärtig nicht bekannt“. Kurze Zeit später räumte der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Eduard Lintner, die Existenz der *Stillen Hilfe* ein. Trotz der „gelegentlichen“ Mitarbeit von Rechtsextremisten könne aber nicht von „rechtsextremistischen Bestrebungen“ ausgegangen werden. Immerhin begannen nun die Finanzbehörden die steuerliche Behandlung des Vereins zu überprüfen. Kurze Zeit später wurde die Steuerbefreiung rückwirkend beendet.

Das Buch von Röpke und Schröm beschreibt anschaulich die verschlungenen Pfade der Unterstützung alter und neuer Nazis. Es benennt die vielen Sympathisanten der *Stillen Hilfe* und damit letztlich auch des braunen Netzwerkes: Politiker wie Alfred Dregger, Prinz Casimir von Wittgenstein, Otto von Habsburg und Franz-Josef-Strauß haben oder hatten Kontakt zur *Stillen Hilfe*. Eine Delegation von Bundestagsabgeordneten der CDU, CSU, FDP und SPD wurde von Erich Priebke, später verurteilt wegen des Massakers in den Ardeatinischen Höhlen, persönlich in Argentinien empfangen. Staatsanwälte wie Klaus Schacht verschleppten jahrelang Prozesse gegen NS-Kriegsverbrecher oder ließen eindeutiges Beweismaterial ungelesen archivieren; wohlhabende Hamburger Bürger aus Blankenese können gut mit der Auffassung des „Neonazi in Anwaltsrobe“, dem Rechtsanwalt Jürgen Rieger leben; „Ariersekten“ tummeln sich ohne Beobachtung des Verfassungsschutzes und Teilnehmer der zahlreichen Schulungsstätten lesen sich wie das *Wer ist Wer* der Neonaziszene. Die *Stille Hilfe* fungiert als Kontaktstelle und als Vorbild für die nächste Generation. Die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* (HNG) unterstützt die „Kameraden aus dem nationalen Widerstand“, die nach dem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen 1992 festgenommen worden waren.

Ein Verbot der *Stillen Hilfe* wie auch ihrer Nachfolgeorganisation HNG stehen dennoch nicht zur Debatte: „Die Tätigkeit des Vereins hat den Behörden bisher keinen Anlaß gegeben, vereinsrechtlich tätig zu werden“ (Antwort der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vor einigen Jahren auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen). Warum auch: schließlich handelt es sich um „anständige Menschen, die einen Charakter haben und auch bei größtem Gegenwind ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind“ (Jörg Haider auf einem Kameradschaftsabend der ehemaligen Waffen-SS im österreichischen Krumpendorf 1995).

Robert Bauer

Der Rezensent ist Mitglied im Verein Aktives Museum. Er hat Geschichte und Politik studiert und arbeitet derzeit im Gesundheitsbereich.

## Geschichten zur Exil-Geschichte: Inge Deutschkrons Buch "Emigranto"

"Vom Überleben in fremden Sprachen", heißt der Untertitel des neuen Buches von Inge Deutschkron, das im Transit-Verlag erschienen ist. Hinzugefügt - in Lautschrift - der Satz "I make myself thin". Klar: "Ich mach mich dünne", soll heißen: ich verschwinde hier, jeder zumindest in Berlin würde das sofort verstehen. Aber im englischsprachigen Exil? Davon handelt dieses wunderbare Büchlein: es versammelt Anekdoten, die mit den Schwierigkeiten zu tun haben, in fremdem Land mit fremder Zunge zu überleben, aufgesammelt in einer kleinen blauen Kladde, die Inge Deutschkron in den 1950er Jahren in England zu füllen begann und in den verschiedenen Stationen ihres bewegten Lebens fortführte.

Bekannt - und immer wieder in der Exilliteratur behandelt - sind die Probleme von Schriftstellern und Schauspielern im Exil, denen der Verlust der Sprache zugleich die Existenzgrundlage entzog. Inge Deutschkron geht es demgegenüber um die alltäglichen Erfahrungen von Emigranten: "Emigranto", der Sprachmix der zugleich auch ein Identitätsmix ist, so schreibt sie in ihrem Vorwort, sei "ein Teil des Leides, das Nazi-Deutschland verursacht hat".

So folgt dem Schmunzeln über die Geschichten bald die Nachdenklichkeit über das, was sie vom Exil-Alltag erzählen. Ergänzt hat sie Inge Deutschkron durch weitere Alltagserfahrungen von Emigranten, die sie im Archiv des Aktiven Museums fand. Geschmunzelt werden darf gleichwohl über Vieles in diesem Buch, zum Beispiel über die beiden Schwestern, die vor ihrer Ausreise nach Palästina zuhause hebräisch gelernt hatten und am Flughafen jeden mit "Molasch" begrüßten - sie hatten die lateinisch geschriebene Untertitel im Lehrbuch von links nach rechts gelesen - und gelernt, hebräisch rückwärts zu sprechen. Meine Lieblingsgeschichte ist die von Herrn Abel, aus dem in London schnell ein "Mr.Ebel" wurde. Als er seinen Schriftzug der Aussprache anpaßte und künftig mit "E" schrieb, wurde aus Mr. Ebel sofort "Mr.Ibel": "Der Emigrant akzeptierte auch das und schrieb seinen Namen nun mit 'I'. Was geschah? Die Kunden gingen zu 'Eibel' über. Jetzt verlor der Einwanderer fast seine Geduld.(...) Der Ausweg: Er fügte ein 'r' in seinen Namen ein. Ja, und nun - welche Genugtuung, nun nannten sie ihn Abel. Das 'r' hörte man nicht." Mehr wird hier nicht verraten - schließlich ist das Büchlein eine wunderbare Reiselektüre.

Christine Fischer-Defoy

Inge Deutschkron, Emigranto - Vom Überleben in fremden Sprachen; erschienen im :Transit-Verlag Berlin, 96 Seiten, 20 DM

# Abschied vom Ort der Täter

Gabriele Camphausen verläßt die „Topographie des Terrors“

Die Mauer leuchtet. Sie wirkt heller als damals, viel heller. Als sei sie in den großen Sanierungseimer des Aufschwungs Ost gefallen. Gabriele Camphausen mag das Glatte nicht an diesem wiederaufgestellten Stück Beton, das jetzt in der Bernauer Straße an das abscheulichste Produkt deutscher Teilung erinnern soll. Nur wenn sie durch die Ritzen der Hinterlandmauer blickt, gelingt der Blick zurück: in die graue Ödnis der DDR mit Postenweg, überdimensionierten Stromkästen und den Peitschenlampen, die nur kühles Licht abwarfen. Neulich hat die Vorsitzende des Trägervereins hier die PDS-Spitze begrüßt. Zum ersten Mal. Sie wollte die Damen und Herren nicht besonders hart bearbeiten. Sie bot eine Führung an und wartete die Reaktionen ab.

Man bewegte sich auf spürbar schwierigem Terrain. Der Streit brach aus, als es um das Besucherverhalten ging. Ostdeutsche Schulen kämen seltener, berichtete eine Beiratsvertreterin der Runde, was wohl an der Befindlichkeit der Lehrer liegen müsse. Eine gnadenlose Schlußfolgerung. Mancher in der PDS-Führung sah die Ost-Lehrer pauschal verurteilt und bot gar an, Listen mit dem Namen von Pädagogen zu schicken, „die anders sind“. Und noch einen Konflikt gab es. Draußen an der Denkmaltafel, wo das „Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft“ eingefordert wird. Diese Inschrift sei ein Ausdruck von „Siegermentalität“, schimpfte PDS-Geschäftsführer Dietmar Bartsch.

Gabriele Camphausen hatte den großen symbolischen, entschuldigenden Schritt der SED-Erben nicht erwartet. Das klingt für sie zu sehr nach Ablauf. Wenn doch nur diese Theorien des Kalten Krieges aus den Köpfen zu verbannen wären, wonach der Mauerbau den dritten Weltkrieg verhindert habe. Wer sich in die Hörstationen setzt und in den Radioreportagen die eingetrichterten Argumente der DDR-Bauarbeiter hört, die das Abriegeln der Demarkationslinie zu rechtfertigen haben, dem wird bewußt, daß vierzig Jahre später in manchen PDS-Ortsvereinen immer noch dieselbe Propaganda herumgeistert, wonach der Westen den Osten überrollt hätte. Bis in die Wortwahl hinein.

nem Ort, an dem die Seelen von Menschen zersetzt wurden, um sie gefügig zu machen, sei ihr unter die Haut gegangen. Es verschob ihr Bild von der DDR und das von der Bundesrepublik. „Ich lernte plötzlich, den Rechtsstaat zu schätzen.“

Gabriele Camphausens Weg, ein Arbeitsleben in der Vergangenheit zu führen, war keineswegs zwangsläufig. In ihrem Elternhaus erhielt sie keine Vorprägung. Und 1968 war sie elf Jahre alt und bekam von den Veränderungen nur so viel mit, daß sie im neusprachlichen Mädchengymnasium in Siegburg nun auch Hosen tragen durfte. Sie studierte in Münster, später an der FU. Das böse Spiel der Diktaturen hat sie immer an einer bestimmten Schwelle interessiert: „Wann gelingt es, einen friedfertigen Bürger zu einem Rädchen im Getriebe zu machen, der sich Verantwortung auflädt, die er nicht erkennt?“ Und die dann zu einer verhängnisvollen Obergangsgläubigkeit führen kann. Eine Mentalität, die nach 1945 in der DDR fortlebte und heute die individuelle Frage nach der Schuld des einzelnen blockiert. „Für mich kann sich ein Mensch nur gemeinschaftlich entwickeln, wenn er mit sich im Einvernehmen ist, wenn er Verantwortung nicht an ‚die da oben‘ abgibt.“ Sie nennt das eine Form von Selbstentmündigung.

Deshalb wird es noch dauern, bis ein Täterort wie der berüchtigte Stasi-Knast in Hohenschönhausen allgemein ins Bewußtsein dringt. Die Spannungen in der Auseinandersetzung über die Relevanz jedes einzelnen Schicksals halten an, die Verbitterung über das Leid weicht nur langsam einer analytischen Gesamtsicht auf diese Auswüchse der DDR-Diktatur. Und der Widerstand derjenigen, die den weißen Fleck auf den Ost-Berliner Landkarten am liebsten weiß gelassen hätten, bleibt ein ernst zu nehmendes Signal. „Ein falsches Wort, und man steht auf der falschen Seite“, erinnert sich Gabriele Camphausen an manch heftige Debatten in Hohenschönhausen, wohin sie als beargwöhnte West-Historikerin kam, die als erste Amtshandlung die kontaminiert muffelnden Stasi-Teppiche in ihrem Büro herausreißen ließ, und als geschätzte Vermittlerin wieder ging.



## Abschied vom Ort der Täter - Gabriele Camphausen verläßt die „Topographie des Terrors“

Viel Arbeit noch für eine „Historikerin mit Russischkenntnissen“, die nie missioniert, sondern von den Besuchern immer nur verlangt, daß sie hinsehen lernen. Weil sie selbst einen tiefen Schmerz darüber empfindet, „was Menschen für Ideale erleiden mußten, die nicht mal den Namen verdienen“. Das war am Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst so, in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt Hohenschönhausen und jetzt bei der „Topographie des Terrors“, wo sie schon einmal 1990 beschäftigt war. Am 16. August wird sie ihr Büro als Geschäftsführende Direktorin der Stiftung räumen, dann kehrt ihr Vorgänger in diesem Amt, Andreas Nachama, von der Jüdischen Gemeinde zurück. Noch weiß sie nicht, wie es weitergeht, aber es gibt viele, die sie in dieser „Berliner Erinnerungslandschaft“ (Reinhard Rürup) nicht mehr missen möchten. Vielleicht weil sie so untaktisch aufklären kann.

In ihrer Familie lernte Gabriele Camphausen von der Schwierigkeit zwischenmenschlicher Beziehungen und merkte, wie „ungeheuer kompliziert es ist, Grenzen zu erkennen und zu bewahren. Es ist doch ungeheuer, sein Gegenüber als Projektionsfläche für das eigene Versagen zu mißbrauchen.“ Der geschärfte Blick für Brüche, den braucht Gabriele Camphausen im Leben wie im historischen Zusammenhang. Psychologische Momente sind auch in ihrer Geschichtsarbeit immer wieder nötig.

Hohenschönhausen, sagt sie, habe aus ihr, der gebürtigen Rheinländerin, eine richtige Westlerin gemacht. Sie sei plötzlich stolz auf die bundesdeutsche Justiz gewesen, auch wenn sie ihr früher mit Skepsis begegnete. Die Konfrontation mit ei-

Widerstand, den sie bei der Topographie des Terrors nicht mehr registriert. Natürlich gibt es immer wieder Politiker, die von einer „Gedenkstätteninvasion“ sprechen und maulig die Baukosten für den Zumthor-Bau attackieren, ansonsten sei die Stiftung jedoch eine „akzeptierte Dauergröße“. Was hat sie gelernt, seit sie im Januar 1998 ins Amt kam? Gabriele Camphausen überlegt einen Augenblick und lacht: „Warten.“ Inhaltlich arbeiten wollte sie, zur Fachfrau im Bauwesen avancierte sie, die den Umgang mit einem „Architekten aus einer anderen Welt“ schätzenlernte. Sie erinnert sich an ein Gespräch mit Zumthor, bei dem es um transparente Ausstellungstischplatten ging, die auf schmalen Stahladneln ruhen sollten: „Die waren natürlich sehr edel, aber wir hätten nur fünf Prozent unseres Materials ausstellen können. Wir brauchten einige Zeit, um dem Architekten beizubringen, daß uns das nicht möglich ist.“ Ein kräftezehrendes Programm hat sie zurückgelegt und gibt zu, daß ihr Herz schwer werde, wenn sie daran denke, wieviel Zeit, Kraft, Energie und Geld in den vergangenen Jahren durch „Verzögerung, Aussitzen, Desorganisation, Schlamperei und Desinteresse“ verschwendet worden seien.

Hauptverantwortlich ist dafür eine unfähige Bauverwaltung, die Jahre brauchte, um zu erkennen, daß die Kosten davonlaufen. Jetzt, wo sie gehen muß, existiert ein Eröffnungstermin für den Stabwerksbau: 8. Mai 2005. Jetzt könnte Gabriele Camphausen an den Aufbau der Ausstellung gehen, aber jetzt ist sie nicht mehr dabei. Man ahnt, wie schwer ihr der Abschied fällt. Im nächsten Moment erklingt aber wieder ihr herausbrechendes Lachen: „Ich werde einfach ein bißchen im Jetzt leben, bevor es wieder in die Vergangenheit geht.“

INGOLF KERN



Gabriele Camphausen

Foto Christian Thiel

## Zur Erinnerung an Helmut Roloff 1912 – 2001

Helmut Roloff gehörte seit 1939 zum Widerstandskreis um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack, von der Gestapo intern "Rote Kapelle" genannt. Die "Rote Kapelle" war seit 1935 aktiv. Der Gruppe gehörten u.a. Künstler und Journalisten an. Die Aktionen der Gruppe konzentrierten sich zunächst auf die Verbreitung illegaler Schriften. Seit 1939 bestand die Verbindung zwischen den Freundeskreisen um Harro Schulze-Boysen einerseits und Arvid Harnack andererseits. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges nahm die Arbeit der Gruppe einen geheimdienstlichen Charakter an. Sie übermittelten die ihnen zugänglichen Informationen über die deutsche Kriegsführung in die Sowjetunion. Dabei informierten sie auch über den bevorstehenden Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion, wofür sie sich eines Funksendegerätes bedienten. Weiter verbreiteten sie Flugblätter und führten Klebezettelaktionen durch. Seit August 1942 geriet dieser Kreis ins Visier der Gestapo. Verhaftungen von ungefähr 130 Beteiligten folgten. Insgesamt 50 Mitglieder des Widerstandskreises wurden zum Tode und weitere 40 zu schweren Haftstrafen verurteilt.

Helmut Roloff war einer der wenigen Mitglieder der "Roten Kapelle", die ohne Strafe davon kamen. In Gießen/Hessen 1912 geboren wandte er sich nach einem Jurastudium in Leipzig der Musik zu. Seine Eltern, die gegen das nationalsozialistische Regime eingestellt waren, zogen 1935 von Gießen nach Berlin. Hier studierte Helmut Roloff 1935 und 1936 an der Hochschule der Künste Musik. Anschließend unterrichtete er an einem Privatkonservatorium. Zu Kriegsbeginn 1939 wurde er ausgemustert und gelangte durch seine Bekanntschaft mit dem Zahnarzt Helmut Himpel in den Widerstandskreis hinein. 1942 versteckte er das Sendegerät der Gruppe in seiner Wohnung unter dem Flügel. Am 17. September 1942 fand die Gestapo das Gerät bei einer Hausdurchsuchung. Es folgte die Untersuchungshaft im "Hausgefängnis" in der Prinz-Albrecht-Straße und vom Beginn Oktober 1942 bis zum 27. Januar 1943 eine Inhaftierung im Gefängnis Spandau. Eine Erkrankung verhinderte Roloffs Einberufung zum Kriegsdienst. Als Konzertpianist lebte er bis Kriegsende in Berlin. Nach der Befreiung wurde Helmut Roloff an die Hochschule für Musik in Berlin berufen, an der er ab 1953 als außerordentlicher Professor lehrte, und die er von 1970 bis zu seiner Emeritierung 1978 als Direktor leitete.

Zur Erinnerung an einen der letzten lebenden Zeugen des Widerstandskreises um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack – von der Gestapo "Rote Kapelle" genannt – geben wir einen Bericht Helmut Roloffs wider, der der Dokumentation "In der Gestapo-Zentrale Prinz-Albrecht-Straße 8 – Berichte ehemaliger Häftlinge", herausgegeben von dem Arbeitskreis "Stadtpolitik" der Evangelischen Akademie Berlin (West) 1989 (Seite 96-118, hier S. 103-110), entnommen ist.

*Dann kam der Krieg. Und da lernte ich bei einem Mann, in dessen Haus ich viel musizierte, (...), einen Zahnarzt kennen, der hieß Helmut Himpel. Das war auch so einer, da merkte man gleich an der Nasenspitze nach ein paar Sätzen, was der sich so dachte. Wir kamen dann immer sehr gut ins Gespräch. Er hatte eine Freundin, Marie Terwiel, (...). Und dann sagte der mal eines Tages zu mir, ob wir zusammenarbeiten wollten? Ich wußte im ersten Moment nicht, was er meinte. Und da sagte er: "Ich gebe ja meinen Kopf in Ihre Hand mit dieser Frage." Und da wußte ich dann, was er meinte. Und da hab ich gesagt: "Gut, das können wir ja mal machen." Und dann haben wir uns ein bißchen näher besprochen darüber und haben verschiedene Dinge gemacht: Zum Beispiel Vervielfältigung von Flugschriften und haben die nachher auch verteilt. Man mußte versuchen, die möglichst in kleinen Gruppen in die offiziellen Briefkästen zu stecken. Die Adressaten waren meistens nach den Telefonbüchern ausgesucht, und es waren auch welche dabei, (...), wie die Bezirkskommandos und auch viele Behörden, an die alle wurde das geschickt. Auch an die Gestapo natürlich. Diese Sachen haben uns sehr beschäftigt, (...). Wir wa-*

ren keine Kommunisten, wir waren einfach, na, wie soll ich das nennen, liberale Bürger, die nicht das Dritte Reich hinnehmen wollten, und deshalb alles versuchten. Nicht etwa, daß wir sagen wollten: "Mit den Kommunisten arbeiten wir nicht", sondern wir arbeiteten alle zusammen, jeder, der dagegen war und helfen wollte, war willkommen. (...) Das ging so eine Zeitlang ganz gut.

Und dann wurde es eines Tages dramatisch. Da rief mich plötzlich die Terwiel an und sagte, ich möchte doch bitte mal dringend vorbeikommen. Wir wohnten in der Nähe in der Trautenaustraße, da konnte man in zehn Minuten hingehen. Und dann kam ich dort hin, da machte mir Himpel auf, machte einen etwas verstörten Eindruck und sagte mir, er müßte mir jetzt etwas geben, es würde gleich etwas ins Haus gebracht, ein Koffer, den würde ich gebeten, mitzunehmen und zu Hause bei mir zu verstecken. Dann fragte ich ihn noch: "Sagen Sie mal, was ist denn da drin?" Und da sagte er: "Das dürfen Sie nicht wissen!" Wie man das so sagt, so halb lächelnd. Ich sagte darauf zu ihm:

"Aber eins weiß ich, wenn der Koffer gefunden wird, dann ist der Kopf ab!" Das sagt man dann immer so leicht, das sagte auch die Terwiel öfters, auch damals, als wir uns zusammensetzten zu der ersten Besprechung: "Also, das wissen Sie ja, wenn das aufkommt: Köpfcchen!" (...)

Dann kam ich einmal nach Hause, so um fünf Uhr nachmittags, das war im September 1942, es dämmerte schon, und da schloß ich die Tür auf und (...) da dämmerten mir so zwei Kerle entgegen, ein ziemlich großer, und sagten: "Herr Roloff, wir suchen einen Koffer!" Und da sagte ich: "Wieso, was für einen Koffer? Was meinen Sie denn?" Und da sagten die: "Lügen Sie nicht, Ihr Freund Himpel hat uns alles erzählt!" Das war natürlich ganz dumm, sonst hätte ich mich noch viel mehr verbiestern können! Und in eine Lügelei reinreden. Und so dachte ich mir, wenn der das schon gesagt hat, wenn die das wissen, dann hats ja keinen Zweck, jetzt noch zu leugnen. "Ach so, den meinen Sie, den können Sie sehen, der steht da unter meinem Flügel!" Und die hatten vorher das Zimmer durchsucht, ganz genau, und haben aber so dumm gesucht, daß sie nicht hinter diesen Notenschränkchen, die unten standen, nachgesehen haben, denn da war ja auch noch ein leerer Raum, da hätten sie ja noch was finden können. Aber das hatten sie nicht. Und da bin ich sofort hingegangen und holte ihn raus. (...)

Nun fuhren wir herunter über die Motzstraße und dann den üblichen Weg bis zur Prinz-Albrecht-Straße, die ich noch gar nicht kannte. Da wurde ein Tor, ein riesenhaftes, aufgemacht, (...), da fuhren wir rein, und dann war ich drin in der Falle. Und man kam dann zur Aufnahme, und dann gabs auch diese schönen Bilder, die man bei der Gestapo macht. (...) Und dann sagte mir noch der eine von den beiden, (...): "Heute abend werden wir Sie nicht mehr vernehmen, aber mor-



Helmut Roloff  
Portrait Anfang der vierziger Jahre



gen. Und das sieht ja auch gar nicht so schlecht aus, nach dem, was Sie bisher gesagt haben."  
(...)

Und dann kam am nächsten Tag die große Vernehmung, und ich hatte nun eine ganze Nacht Zeit und hatte mit überlegt, was ich am nächsten Morgen sagen würde. Was sie mich fragen würden, habe ich mir ja schon gleich gedacht. Und dann schien es mir am wichtigsten, die Bekanntschaft mit dem Himpel und der Terwiel konnte ich nicht ableugnen, aber der Graudenz, (...), und der Schulze-Boysen, (...). Das ich einfach mal sagte: "Die kenn ich nicht!" Das war schon ganz wichtig. Und das hat sich nachher auch als richtig herausgestellt, daß ich die nicht gekannt habe, denn die haben ebenso ausgesagt. Denn neben der Dummheit der Vernehmenden hat mich natürlich auch die einzigartige Kameradschaft von den anderen gerettet (...). Dann waren lauter solche dummen Fragen: "Ob ich sagen könnte, daß irgendwas mir nicht so gefiele, irgendwas, wo man Kritik haben müßte an dem Nationalsozialismus?" Und da habe ich meine dümmste Musikermiene aufgesetzt und habe gesagt: "Nee, ich wüßte nicht, was ich da sagen sollte." Und da sagte der: "Das gibt's nicht! Jeder Mensch, der noch so ein treuer Nationalsozialist ist, hat irgendeine Sache, wo er Kritik üben muß!" Und natürlich denkt dann mancher: Ach siehste, vielleicht geb' ich was zu. Und ich hab gesagt: "Also, wissen Sie, ich sehe das, das ist vielleicht mein Fehler, alles nur unpolitisch, nur von der Musik her, und da weiß ich, daß wir, seit unser Führer da ist, wieder Musik machen dürfen, ich sehe das alles von daher und das ist alles gut." Dann war ihm schließlich die Schau gestohlen, und er fragte mich noch: "Was halten Sie von Mendelssohn?" Das war ein Mensch, der überhaupt keine Ahnung von Musik hatte. Und da sagte ich: "Mendelssohn, das ist doch einer, der wurde früher manchmal gespielt?" Und da sagte er: "Wissen Se, was das ist? Scheiße ist das!" Und da sagte ich nur: "Dazu kann ich nichts sagen, ich kenne den nicht." Auf diesem Niveau gingen die Vernehmungen stundenlang, stundenlang. (...) „Was haben Sie denn da immer gemacht? Da haben Sie doch Sender gehört?“ Natürlich hatten wir nur das getan, aber ich habe gesagt: „Nein, wir haben niemals überhaupt so was gemacht, wir haben immer nur Platten gehört, der hatte ne große Plattensammlung und liebte sehr die Musik.“ Und wir haben vielleicht auch einmal eine Platte gehört, aber wir haben eigentlich doch immer nur solche politischen Versammlungen gemacht. (...)

Und dann hieß es plötzlich am 2. Oktober: „Fertigmachen!“ Und dann kam man in die „Grüne Minna“, und von dort fuhren wir dann irgendwohin, weit, ich merkte, das ging die große Prachtstraße runter Richtung Spandau, und dann kamen wir dort zu dem Gefängnis, (...). In diesem Gefängnis standen wir dann erst mal Schlange am Empfang und wurden alle registriert, und da stand ich mit einem sichtbaren Intellektuellen zusammen, der flüsterte mich an, was man dann so leise miteinander flüstert. Und dann fragte ich ihn. „Ist es denn bei Ihnen gefährlich?“ – „Nee, ganz harmlos. Und was ist denn bei Ihnen?“ – „Der Kopp! Da ist nichts zu machen so.“ Und ich hätte auch niemals geglaubt, dass da etwas zu machen gewesen wäre. Denn immerhin war ja dieser Sender in meinem Haus gefunden worden. (...)

**Wer Vermögensschäden in Frankreich durch die deutsche Besatzung oder durch die Vichy-Regierung erlitten hat soll sich bitte in der Geschäftsstelle melden. Dort liegen Entschädigungsanträge von der französischen Regierung vor.**





6. – 28. Oktober 2001: Präsentation der Ausstellung *Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945* im Jüdischen Museum Rendsburg  
Fotos Ursula Büchau



14. Mai 2001: Vortrag von Thomas Lutz zu den neuen Rahmenbedingungen von Erinnerungsarbeit in Deutschland  
Foto Martin Schönfeld



27. Juni 2001: Mitgliedergespräch und Besichtigung des früheren Zwangsarbeiterlagers in Niederschöneводе  
Foto Martin Schönfeld